

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schenckstraße, Auguststraße 6. — Redaktionschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beträgen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen Das Scherbengericht des Zentralverbandes. Rundschau. Genossenschaftliche Monatsschau. Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1911. III. Die indirekten Steuern und die Gewerkschaften. — **Allgemeines:** Die organisatorischen Konzentrationsbestrebungen im graphischen Gewerbe. Brief aus Mühlhausen i. Thür. Ortsberichte: Hamburg, Hannover. — **Der Lithograph:** Umgehungsmanöver. — **Der Stein drucker:** Die Berliner Steindruckerfiliale im Jahre 1912. — **Die Tapetenbranche:** Vom Formstecherberuf. — **Feuilleton:** Unheimliche Zeitung. Die fliegende Erde. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Chemigraphen, Achtung!

An alle Mitgliedschaften, in denen sich organisierte oder unorganisierte Chemigraphen befinden, sandten wir Rundschreiben Nr. 7 und statistisches Material, ersteres auch an alle Tariffunktionäre und Gauleiter. Wo dieses Material nicht angekommen ist, kann es von uns noch eingefordert werden.

Zentralkommission für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Streik in Canada!

Wie uns ein Telegramm aus Toronto meldet, streiken in Canada die Kollegen aller Branchen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Lithographen, Achtung!

Leipzig. Die Differenzen in der Firma G. Bergmann gelten durch Verhandlungen als erledigt. Der Hauptvorstand.

Das Scherbengericht des Zentralverbandes.

Die Niederlage der Konservativen im Reichstage, die sie durch die Ablehnung des von ihnen beantragten Streikpostenverbots erlitten haben, war gleichbedeutend mit einer Niederlage des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der die Forderung, das Streikpostenstehen vollständig zu verbieten, mit allem Nachdruck geltend gemacht und vertreten hatte. Es ist daher begreiflich, daß er seinem Zorn über diese Niederlage unverhohlen Ausdruck zu geben bemüht war. Dazu bot sich ihm Gelegenheit bei seiner Ausschußsitzung am 1. Februar in Berlin. In dieser Zusammenkunft der führenden Scharfmacher des Zentralverbandes wurde scharfes Gericht gehalten über all die Schwerverbrecher, die es fertig gebracht hatten, gegen die im konservativen Antrage dem Reichstage vorgelegte Forderung des Zentralverbandes zu reden und zu stimmen.

In erster Linie mußte der Staatssekretär Dr. Delbrück daran glauben. Der Generalsekretär des Zentralverbandes, Regierungsrat Dr. Schweighofer, las dem Delinquenten das Sündenregister vor, um den Staatssekretär dann in folgender Art und Weise zu schulmeistern: Es sei ein auffälliger grundsätzlicher Widerspruch, daß Dr. Delbrück erklärte, die Frage des Arbeitswilligenschutzes im Zusammenhange mit der schematischen Beratung des Strafgesetzbuches in Angriff nehmen zu wollen, daß aber die Sachverständigenkommission zur

Vorberatung des neuen Strafgesetzbuches bereits im Jahre 1909 sich dahin ausgesprochen hat, die Regelung der Frage gehöre nicht in das allgemeine bürgerliche Strafrecht, sondern müsse der Sondergesetzgebung vorbehalten bleiben! Die Regierung könne sich anscheinend nicht entschließen, den Kampf aufzunehmen, aber sie werde um den Kampf nicht herumkommen.

Das blindwütige Draufgängertum des Zentralverbandes begreift also immer noch nicht, daß die von seinem Konkurrenten, dem *Bunde der Industriellen*, empfohlene und vom Staatssekretär befolgte Taktik zur Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung viel schlauer ist, weil sie viel mehr im Stillen wirkt und viel weniger Staub aufwirbelt, als das Ausnahme-gesetz. Und ein Verbot des Streikpostenstehens würde zweifellos trotz aller Versuche, ihm diesen Charakter abzustreifen, ein Ausnahme-gesetz gefährlichster Sorte sein! Die Erwartungen, die der Staatssekretär der Straf-prozeßreform entgegenbringt, sind doch nicht das einzige Eisen, das er als Waffe zur Lahmlegung oder Erschwerung des Streikpostenstehens im Feuer hat. Diese Erwartungen können enttäuscht werden, je fester sich die Arbeiterschaft auch in der politischen Bewegung zusammenschließt und je mehr sie dadurch das politische Leben beeinflußt. Aber neben diesen Erwartungen baut doch der Staatssekretär vor allen Dingen auf die *zweckentsprechende Anwendung der bestehenden Gesetze* nach dem im Ruhrrevier gegebenen Beispiele, wo nach Dr. Delbrücks eigenem Eingeständnis fast durchweg für *leichte Fälle* eine *Anzahl von Strafen* verhängt wurden. Obwohl »schwere Vergehen verhältnismäßig selten vorgekommen« sind, prasselten die Verurteilungen zu Gefängnis mit einer Geschwindigkeit auf die Streiksünder und -Sünderinnen hernieder, daß sogar weiten bürgerlichen Kreisen der Atem verging. Und diese Streikschnelljustiz, die bisher nur in Ausnahmefällen gegen die Arbeiterschaft losbrach, soll nach der Empfehlung des Staatssekretärs allgemein üblich werden! Er vertraut auf die Polizei und auf die Gerichte, die er selbst ganz unzweideutig zur strafsten und schärfsten Handhabung und Anwendung der Gesetze gegen streikende Arbeiter, d. h. also zur einseitigsten und brutalsten Klassenjustiz angefeuert hat! Aber diese Anreizung zur krassen Ungerechtigkeit auf Grund der bestehenden Gesetze genügt dem aufs Ganze gehenden Zentralverbande bei weitem nicht, und daher mußte am 1. Februar zunächst der Staatssekretär Spießbruten laufen.

Nach ihm kam die *nationalliberale Reichstagsfraktion* an die Reihe. Ihr wurde attestiert, daß sie, »obwohl die nationalliberale Partei von den großindustriellen Schlotbaronen materiell abhängig sei, gar noch nicht begriffen habe, wie »Handel und Industrie im Hinblick auf die unhaltbaren und unerträglichen Zustände, die sich infolge des unzureichenden Schutzes der Arbeitswilligen herausgebildet haben, von

schweren Sorgen für die Zukunft erfüllt sind«; in der Industrie fehle es »angesichts dieser eines Rechtsstaates unwürdigen Zustände an Verständnis dafür; daß sich die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Gesellschaft der Parteien befindet, die den Antrag auf ein Verbot des Streikpostenstehens abgelehnt haben«.

Nach diesem Ausdruck der allerhöchsten Unzufriedenheit der Scharfmacher mit der Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist der nationalliberalen Partei der Schreck, daß ihr Broikorb höher gehängt werden könnte, so in die Glieder gefahren, daß die nationalliberalen Blätter förmlich an Entschuldigungen für die Haltung der Fraktion überfließen. So hebt die »Nationalliberale Korrespondenz« zur Beruhigung der zürnenden Aushäler der Partei hervor, die Fraktion habe wirklich nur der Scharfmacher Bestes gewollt, da ein Verbot des Streikpostenstehens bei den vielen anderen Mitteln, die den Gewerkschaften zur Verfügung ständen, »um auf Arbeitwillige terroristisch einzuwirken«, für den Arbeitswilligenschutz *nur wenig nützen*, dafür aber der Sozialdemokratie neues Wasser auf die Mühlen leiten würde zum Schaden des Staates und der staatserhaltenden Parteien einschließlich des ganzen Scharfmachertums. In dem Bestreben, die Haltung der Fraktion vor den großindustriellen Geldgebern zu rechtfertigen, plaudert aber die »Nationalliberale Korrespondenz« offen aus, daß die Fraktion für den konservativen Antrag zu gewinnen gewesen wäre, wenn nicht »die Art des konservativen Vorgehens, das absichtliche Unterlassen jeder notwendigen vorhergehenden Fühlungnahme, die stark parteiagitorische und aggressive Begründung eine Verständigung sehr erschwert hätten. Trotzdem hätte es sich ermöglichen lassen müssen, in einer eingehenden sachlichen Besprechung zu einer größeren Klärung und Annäherung der Anschauungen der Parteien wie der Regierung zu kommen.« Den Arbeiten wird dieses Eingeständnis, dieser nationalliberale Eiertanz vor den zürnenden Industriegewaltigen, wieder einmal ein ergötzliches Charakterbild der Partei Drehscheibe und ihrer Fraktion gewähren. Ob sie sich durch ihr Entschuldigungsgestammel die Gnadensonne des Scharfmachertums wieder zuwenden wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls zeigt das jämmerliche: »Ich will's nicht wieder tun!«, daß die Stüpfung, die der Ausschuß des Zentralverbandes den Nationalliberalen angedeihen ließ, bereits gewirkt hat.

Endlich wurde noch der *ganze Reichstag* vor das Scherbengericht der zentralverbändlerischen Schleifsteindreher gezogen. Es war der bekannte Geh. Baurat Schrey, der nach dem Bericht der »Arbeitgeberzeitung« über die Ausschußsitzung des Zentralverbandes vom 1. Februar noch »ein sehr gewichtiges Moment in die Wagschale« warf, indem er betonte, »daß die ernsteste Sorge und Gefahr für das Deutsche Reich nicht die Wirren draußen sind, sondern die Entwicklung, der wir im Innern entgegengehen«. Er sieht das »Bedrohliche der Entwicklung« darin, »daß von unsern

Reichstagsabgeordneten drei Viertel bei ihrem Eintritt in das Parlament alle Rücksicht auf das praktische Leben verlieren und nur noch die Rücksicht auf die Wiederwahl kennen, die sie über das Wohl des Vaterlandes stellen. Das ist ein tiefbedauerlicher Zustand, ein Zustand, über den entrüstet zu sein die deutsche Industrie und alle Erwerbskreise des deutschen Volkes alle Ursache haben. Ein Verhalten, wie es der Reichstag mit der Ablehnung der Streikposten-Resolution an den Tag gelegt, sei der gegebenen Anlaß, diesem Empfinden einmal mit aller Entschiedenheit Ausdruck zu geben.

Diese Ausführungen, die natürlich bei den Anwesenden »stürmischen Beifall und Händeklatschen« auslösten, zeigen wieder einmal, wie die Scharfmacher mit der Volksvertretung umspringen, oder besser mit den bürgerlichen Abgeordneten, denn die Vertreter der Arbeiter im Reichstage, die als bewußte Gegner aller Ausbeutung und Unterdrückung in das Parlament gesandt werden, treffen diese Anwürfe natürlich nicht. Sie können es daher auch den bürgerlichen Abgeordneten überlassen, in welcher Weise sie sich mit dem Vorwurf abfinden wollen, nicht nach ihrer Überzeugung, sondern nur aus Rücksicht auf ihr Mandat, also gewissermaßen aus unlauteuren Motiven gehandelt zu haben.

Als Abschluß des Scherbengerichts gegen die Regierung, die Nationalliberalen und die übrigen bürgerlichen Abgeordneten, die im Parlament nicht nach der Pfeife der Scharfmacher getanzt hatten, nahm die Ausschußsitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller eine Resolution an, in der die in der Verhandlung betonten Punkte noch einmal unterstrichen wurden. Ferner wiederholte er darin dringend seine Forderung auf ein Verbot des Streikpostenstehens, das er als eine »unaufschiebbare Notwendigkeit« bezeichnete. Ob er die Regierung und die bürgerlichen Fraktionen durch die Absrafung, die er ihnen zu Teil werden ließ, schon genügend kirre gemacht zu haben glaubt?

Der Ausschuß des Zentralverbandes hoffte der erneut geltend gemachten Forderung dadurch besonderen Nachdruck zu verleihen, daß er in seiner Resolution betonte, er wisse sich eins »mit den weitesten Kreisen des gewerblichen Lebens, der Großindustrie, dem Mittelstande, dem Kleingewerbe und den national-gesinnten wirtschaftsfriedlichen Arbeitern«. Die Haltung des »Bundes der Industriellen«, der bekanntlich ein Verbot des Streikpostenstehens als ein Ausnahmegesetz bezeichnet hat, lehrt, daß der Zentralverband bei diesem Satz den Mund reichlich voll genommen hat.

Inzwischen haben sich aber auch die Gelben, in deren Namen der Zentralverband angeblich auch ein Verbot des Streikpostenstehens von neuem forderte, dagegen verwahrt, daß sie auf dem Boden des konservativen Antrags stehen sollen. So betonte der gelbe »Bund« vom 9. Februar ausdrücklich, daß sich die Werkvereine »von vornherein gegen ein Ausnahmegesetz zur Einschränkung der Koalitionsfreiheit und zum gänzlichen Verbot des Streikpostenstehens erklärt« hätten. Für den konservativen Antrag hätten sich nur die vaterländischen Arbeitervereine, nicht aber die echten und rechten gelben Werkvereine ausgesprochen; diese ständen ihm ganz und gar fern, »denn solche verfehlten Maßnahmen führen der Sozialdemokratie Scharen von Anhängern zu und stärken sie, anstatt sie zu schwächen«.

Der gelbe »Bund« hält es also mit dem »Bunde der Industriellen«, der sich auch nicht prinzipiell gegen ein Streikpostenverbot erklärte, sondern nur weil er befürchtete, daß ein derartiges Ausnahmegesetz immer mehr Arbeiterköpfe revolutionieren und die Arbeiterbewegung dadurch nicht schwächen, sondern nur stärken würde. Wir wollen hoffen, daß diese Wirkung auch trotz der Ablehnung des konservativen Antrags allein schon durch die Erhebung und Wiederholung der Forderung des Zentralver-

bandes der Scharfmacher ausgelöst werden wird. Nur durch die machtvolle Stärkung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Kampfkolonnen kann sich die Arbeiterschaft gegen alle reaktionären Anschläge schützen.

Rundschau.

Über die Postkartenindustrie im Jahre 1912 macht der »Deutsche Buch- und Steindruckerverband« in seinem Februarheft folgende Angaben: Ein wichtiger graphischer Zweig ist noch immer die Postkartenherstellung. Bemerkenswert und erfreulich zugleich ist, daß der Geschmack des Publikums sich unter dem Eindruck des Gebotenen gehoben hat, nachdem die Künstlerkarte mehr und mehr bevorzugt ist. Erhöhtem Interesse begegnen Kupferdruckkarten, nachdem sie durch den Schnellpressendruck sich bedeutend verbilligt haben. Im übrigen herrschen die Bromsilberkarten nach wie vor. Der Absatz in diesen Karten hat sich auch im Berichtsjahre gehoben, und besonders der nordamerikanische Markt war hierfür gut aufnahmefähig. Allerdings wird dies in der Hauptsache nur auf bessere Sachen zu, während die gewöhnlichen Sachen der hohen Zölle wegen dort nur in geringem Maße Aufnahme fanden. Ein sehr gutes Absatzgebiet für Bromsilberkarten war Rußland. Die Aufträge vom Balkan fehlen so gut wie ganz. Österreich war ebenfalls geschwächter Abnehmer als wie sonst. In noch weit größerem Maße hat der Bedarf Englands nachgelassen. Dagegen haben sich Brasilien und Argentinien als gute Absatzgebiete in besseren Karten erwiesen. In Deutschland hat sich ein regelmäßiges Geschäft entwickelt, wie es seit Jahren nicht gewesen ist. Mit den relativ guten Absatzverhältnissen in Bromsilberkarten hat die Rentabilität der Betriebe nicht Schritt gehalten. Trotzdem das Bromsilberpapier sehr schwer hereinzubringen war, sind die Preise für das Material nicht gestiegen, sondern eher noch gefallen. In farbigen Steindrucken hat die Ansichtskartenherstellung einen fortgesetzten Rückgang zu verzeichnen. Verschiedene Unternehmungen, die bisher nur farbige Sachen herstellten, haben ihren Betrieb einstellen müssen. Die in Lichtdruck hergestellten Postkarten fanden nach dem Auslande wegen der hohen Zölle nicht den gewünschten Absatz. Der Bedarf Amerikas hat wohl wieder etwas zugenommen, aber noch nicht die frühere Höhe erreicht. Die Herstellung von besseren Postkarten in Amerika scheint sich sonach nicht bewährt zu haben. Der Inlandmarkt hat sich dagegen in Lichtdruckarten befriedigend aufnahmefähig erwiesen, und sind es auch hier bessere Sachen, die Absatz gefunden haben. Dieser Umstand hat auch auf die Preisbesserung etwas eingewirkt.

Zwecks Lohndrückerei weisen viele Prinzipale in kleinen Provinzorten bei Engagementsverhandlungen auf die »billigen« kleinstädtischen Verhältnisse hin, deren Berücksichtigung sie von den Gehilfen bei der Vereinbarung des Lohnes verlangen. Die Lebensmittelerhöhung ersiredt sich aber auf das ganze Reich, und grade die Einwohnerzahl von Kleinstädten hat mindestens ebenso schwer darunter zu leiden wie die Großstädter. Dazu kommen noch die besonders in den Kleinstädten mancher Kleinstaatengardezu riesigen Steuern für Gemeinde, Staat und Kirche. Die Wohnungen sind allentalls in manchen Kleinstädten etwas billiger als in Großstädten, aber sie sind eben meistens auch darnach! Daher muß jeder Versuch einer Lohndrückerei unter Hinweis auf die »billigen« kleinstädtischen Verhältnisse von jedem Kollegen entschieden zurückgewiesen werden, wenn er nicht sich selbst und andre beträchtlich schädigen will.

Ihre Verbandstage werden in diesem Jahre neben unserem Verbands, dessen Generalversammlung voraussichtlich im August in Stuttgart stattfindet, noch mehrere andere Organisationen des graphischen Gewerbes abhalten. So beruft der Buchdruckerverband seine Generalversammlung zum 16. Juni nach Danzig ein. Zu derselben Zeit, und zwar vom 15. bis 21. Juni, wird der Verbandstag der Buchbinder gleich unsrer Generalversammlung in Stuttgart tagen. — Unsre österreichische Bruderorganisation, der Senefelderbund, tagt am 25. und 26. Mai in Wien, wo auch, wie wir schon mitteilten, vom 3. bis 6. September der achte internationale Kongreß der Lithographen, Steindruckers und verwandten Berufe stattfinden wird.

Der Kunstgewerbezeichnerverband hat vor einiger Zeit eine Statistik über die soziale Lage seiner Mitglieder aufgenommen. Es ist nicht viel Erfreuliches über den Beruf dabei herausgekommen, der im allgemeinen zu den »künstlerischen« gerechnet wird. Die Zeichner sind heute fast in allen gewerblichen Berufen tätig; die angeführte Statistik führt gegen 40 Spezialbranchen für Musterzeichner auf. Durchschnittsgehalt aller betragten Zeichner betrug 146,22 Mk. monatlich. Das Gehalt der in Kunstgewerbeschulen Vorgebildeten war etwas höher als das der andern. Die im Alter von 30 bis 35 Jahren hatten ein Durchschnittsgehalt von 173 Mk., die von 35 bis 40 Jahren von 185 Mk. Dabei ist aber zu bedenken, daß von allen befragten Zeichnern nur 5 Proz. älter als 40 Jahre waren. Nach Branchen geordnet ergaben sich folgende Monatsdurchschnittsgehälter:

Musterzeichner 132 Mk., Möbelzeichner 191 Mk., Metallwarenzeichner 187 Mk., Keramzeichner 285 Mk. Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt 8,9 Stunden. Ferien hatten 68 Proz. aller Zeichner, davon die Hälfte acht Tage.

Im Schneidergewerbe haben vom 10. bis 15. Februar in Dresden zentrale Tarifverhandlungen stattgefunden. Für 43 Orte waren Differenzen zu schlichten. Als Unparteiliche fungierten: Magistrat v. Schulz-Berlin, Dr. Prenner-München, Magistratssyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. M. Die Verhandlungen erstreckten sich auf die Gewährung eines Zuschlags für Heimarbeiter, die bis zur Einführung des Reichstarifvertrages am 1. März 1916 zurückgestellt wurde, auf die Lohnerhöhungen, die nach dem Schiedsspruch der Unparteilichen je nach den einzelnen Orten 4 bis 10 Proz. betragen würden, und auf die Arbeitszeit, die überall, wo sie noch mehr als 10 Stunden täglich beträgt, auf 10 Stunden herabgesetzt werden soll. In den nächsten 14 Tagen sollen die Parteilichen zu den Entscheidungen der Unparteilichen Stellung nehmen und letzteren Nachricht geben, ob sie den gefällten Schiedsspruch annehmen oder nicht. Davon wird es abhängen, ob es im Schneidergewerbe ohne Kampf zu einer Einigung in den von der Tarifbewegung ertaften 43 Orten kommt.

Im Holzgewerbe haben die Tarifverhandlungen, die, wie wir in der vorigen Nummer berichteten, unter dem Vorsitz des Freiherrn von Berlepsch wieder aufgenommen wurden, zu einer Verständigung nicht geführt. Der Unparteiliche hat infolgedessen einen Schiedsspruch gefällt, der zunächst besagt, daß die Vertragsdauer auf vier Jahre festgesetzt wird. Die Arbeitszeitverkürzung ist in der Weise erledigt worden, daß am 1. Juli 1915 resp. am 1. Juli 1916 in den einzelnen Vertragsorten die Arbeitswoche um 1 bis 3 Stunden verkürzt wird. Nach der Durchführung dieses Schiedsspruchs würde die Arbeitszeit in Berlin 50, in den übrigen Städten 51, 52 Stunden usw. bis zur höchstzulässigen Arbeitszeit von 55 Stunden wöchentlich betragen. Ferner sollen nach dem Schiedsspruch die Arbeitslöhne erhöht werden, und zwar ab 1. März 1913 um 2 Pfg., ab 1. März 1914 um 2 Pfg., während im Jahre 1915 ein weiterer Pfennig zusätzlich des Ausgleichspennings für die Arbeitszeitverkürzung hinzukommt, so daß in den meisten Orten die gesamte Lohnerhöhung 6 Pfg. pro Stunde beträgt. Eine Ausnahme hiervon machen die Städte Crefeld und Danzig in der Weise, daß hier eine Lohnerhöhung von 7 Pfg. eintritt, während in Kiel, Amberg, Berlin, Guben, Neisse, Stargard, Uelzen und Orlitzwald die Erhöhung 5 Pfg. beträgt. Diese Lohnerhöhungen werden in vollem Umfange auf die bestehenden Vertragslöhne wie auf die Akkordpreise angerechnet, was z. B. für Berlin eine Erhöhung der Akkordpreise von 7 Proz. ausmacht. Zum Schluß spricht der Schiedsspruch aus, daß sämtliche noch strittigen Punkte zu erneuten Verhandlungen an die örtlichen Parteilichen verwiesen werden. Wenn bei diesen Verhandlungen auch durch die Vermittlung der Zentralinstanzen bis 1. März eine Einigung nicht erzielt wird, soll abermals eine Sitzung der Zentralvorstände unter dem Vorsitz des Unparteilichen stattfinden, um auch diese Differenzen zu erledigen. Wenn sich die Parteilichen dem Schiedsspruch unterwerfen, ist es also doch möglich, daß das Holzgewerbe vor dem schweren Kampfe, der schon in bedrohlicher Nähe gedürrt war, bewahrt bleibt.

Aus dem Auslande.

Osterreich. Einer der populärsten österreichischen Arbeiterführer fiel am 11. Februar in Wien einer Mordtat zum Opfer, die als eine Folge christlicher Verhetzung zu bezeichnen ist. Ein christlich organisierter Arbeiter namens Kunschak hat den sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Schuhmeier hinterrücks erschossen, weil er sich rächen wollte. Sein Rachegefühl soll darauf zurückzuführen sein, daß seit langer Zeit die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich weigerten, mit ihm zusammen zu arbeiten. Die Ursachen dieser Weigerung bestehen darin, daß der »staatsverhaltende« Mörder vor nicht allzulanger Zeit einige Arbeiter, die ihn aufordneten, der freien Gewerkschaft beizutreten, bei den Gerichten des Terrorismus anklagte und es dadurch erreichte, daß zwei Arbeiter zu mehrmonatigen Arreststrafen verurteilt wurden. Nach anderer Lesart, die wir im »Berliner Tageblatt« fanden, versuchte der christlich-soziale Mörder Kunschak früher als Eisendreher in den Siemens-Schuckert-Werken einen Keil in die Arbeiterorganisation zu treiben, um für seine christliche Organisation Mitglieder zu gewinnen. Das führte zu fortgesetzten Reibereien, die erst dann ein Ende nahmen, als Kunschak entlassen wurde. Daraus entwickelte sich dann die Denunziation vor Gericht mit den verständlichen Folgen dauernder Verachtung des Kunschak. Nun hat diese Zierde der Christlich-Sozialen in Wien durch eine feige Mordtat sein Leben gekrönt und bewiesen, wohin die christliche Verhetzung und Zersplitterung einen Menschen führen kann. Sein Opfer, der Reichsratsabgeordnete Schuhmeier, war ein äußerst tüchtiger und geachteter Vertreter der sozialdemokratischen Partei und hat mit seinem Mörder während seines ganzen Lebens nie etwas zu tun gehabt, was die Tat des Kunschak nur noch um so abscheulicher erscheinen läßt.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 17. Februar 1913.

Aus der internationalen Genossenschaftsbewegung. Der zweite internationale Genossenschaftskongreß; Das Genossenschaftswesen in Argentinien; Die Genossenschaftsbewegung auf Island; aus der niederländischen Genossenschaftsbewegung; Sonderbestellung der Konsumvereine in Deutschland.

Der neunte internationale Genossenschaftskongreß wird vom 23. bis 28. August d. J. in Glasgow stattfinden. Nach gutem Brauch wird sich an die ersten Verhandlungen, wie das auch vor drei Jahren in Hamburg mit so glücklichem Erfolge geschah, ein Stück genossenschaftlichen Anschauungsunterrichts anschließen, der bei der gewaltigen Entwicklung des schottischen Genossenschaftswesens sicher äußerst lehrreich sein wird. Am Eröffnungstage findet ein genossenschaftlicher Wagen-Demonstrationszug statt bestehend aus geschmückten Führwerken der in Glasgow und Umgegend befindlichen Genossenschaften. Am zweiten Tag wird nachmittags den in Glasgow und in Shieldhall befindlichen Fabriken der schottischen Großverkaufsgesellschaft ein Besuch abgestattet. Am Abend werden die Kongreßdelegierten vom Bürgermeister und vom Stadtrate von Glasgow im Stadthaus offiziell empfangen und begrüßt. Am dritten Tage ist nach Schluß der Verhandlungen ein Ausflug nach Edinburg geplant. Der Vorstand des größten schottischen Konsumvereins, St. Cuthberts Association, wird die Delegierten daselbst willkommen heißen und ihnen die Besichtigung der Anstalten der Genossenschaft ermöglichen. Am vierten Tage findet eine Wagenfahrt nach Paisley zur Besichtigung der dortigen Genossenschaftsanstalten statt. Im Anschluß daran veranstaltet der Vorstand der Paisley Manufacturing Society einen geselligen Empfang der Kongreßdelegierten. Ein Unterhaltungskonzert in den St. Mungo Halls, wobei den Delegierten schottische Musik, Tänze, Chorgesänge und auch kinematographische Landschaftsbilder usw. vorgeführt werden, bringt die Veranstaltungen des Tages zum Abschluß. Am letzten Tage endlich ist nachmittags ein Dampfschiffausflug auf dem Clyde geplant. Die Anlagen der United Baking Society, der größten Bäckerei der Welt, stehen den Delegierten jeweils an den Kongreßtagen morgens bis 9 Uhr zur Besichtigung offen, da dann die Bäckerei in voller Tätigkeit ist.

In Argentinien, dem Lande des Fleischüberflusses, der den deutschen Konsumenten künstlich vorenthalten wird, ist man billig und wohnt teuer. Deshalb setzt dort die Genossenschaftsbewegung zunächst auf dem Gebiete des Wohnungswesens ein. In der Landeshauptstadt Buenos Aires hat sich im Jahre 1905 die Sociedad Cooperativa de Crédito, Edificación y Consumo »El Hogar Obrero« (Kredit-, Bau- und Konsumgenossenschaft »Arbeiterheim«) gegründet. Sie bezweckt in erster Linie den Bau billiger, guter Wohnungen bzw. die Befriedigung des Geldbedürfnisses für den Bau. Daneben hat sie die Lebensmittelversorgung zu organisieren begonnen durch Anlegung einer Bäckerei. Das Gesellschaftskapital wird gebildet durch gezeichnete Aktien, deren Betrag voll und in Raten eingezahlt werden kann. Der Nominalwert der Aktien beträgt 300 Pes; die Einzahlung hat in Monatsraten von mindestens 1 Peso zu erfolgen. Als vollwertig gelten die Aktien, wenn die Einzahlungen einschließlich der halbjährlich zuzuschreibenden Dividenden den Nominalwert erreichen. Jeder Aktionär hat eine Stimme, auch wenn er mehrere Aktien besitzt. Die Genossenschaft besitzt bei einem Mitgliederstande von 2030 ein gezeichnetes Kapital von 2787300 Pes und ein realisiertes Kapital von 74195126 Pes. Voll eingezahlt sind 33 Aktien, teilweise eingezahlt 9258 Aktien. Darlehen waren am Schlusse des letzten Geschäftsjahrs gewährt 524500 Pes, davon innerhalb der Berichtszeit 18600 Pes. Die Bäckerei der Genossenschaft, die auf allein sich ihre »Konsumvereinstätigkeit« erstreckt, stellte für 27249,80 Pes Ware her, die von 681 Genossen bezogen wurde, während 1349 (66,2 Proz.) sich nicht am Konsum beteiligten. Es wurden 112183 kg Brot hergestellt.

Obwohl von der Genossenschaftsbewegung auf Island bisher wenig bekannt war, ist diese Bewegung doch nicht ganz neu. Die ersten Versuche, sich auf dieser zu Dänemark gehörenden Insel genossenschaftlich zu betätigen, gehen bis auf das Jahr 1830 zurück, doch ist die moderne Genossenschaftsbewegung in Island erst am Anfang dieses Jahrhunderts zur Blüte gelangt. Um die Bewegung recht zu werten, muß man die ländlichen Verhältnisse Islands kennen. Von den 1900 Quadratkilometern Islands sind nur 700 Quadratkilometer bewohnt, während 400 Quadratkilometer in Kultur genommen sind. Island hat gute Weiden, außerdem aber auch einige der besten Fischplätze der Welt. Der Boden birgt Kupfer, Zink und Gold. Auf Island könnten anstatt 80000 Einwohner zwei bis drei Millionen leben, sagt ein islandischer Schriftsteller. Das ökonomische Leben hat in Island jahrhundertlang stagniert. Der Monopolhandel ließ besondere Betriebsamkeit der Bevölkerung nicht aufkommen. In den letzten Jahren sehen wir besonders auf dem Gebiete des Bauwesens kulturelle Fortschritte. Nicht allein, daß die Beamten gut wohnen, auch die Bauern auf dem Lande bewohnen heute bessere, gesündere Wohnungen als es früher der Fall war. Auch die Ernährungswirtschaft ist besser geworden. Seit einiger Zeit finden wir in Island günstigen Boden für genossenschaftliche Tätigkeit. Augen-

blicklich hat Island 40 Genossenschaftsmeiereien, die mit gutem Erfolg arbeiten. In Arnesysssel sind elf Meiereien und in Rangarwallasysssel fünf solcher Meiereien vorhanden. Gewöhnlich erbaut man sie an fließenden Gewässern, die die Triebkraft liefern können. Die Einrichtung befähigt die Meierei, täglich 150 bis 400 Pfund Butter zu produzieren. Die Errichtung einer solchen Meierei verursacht 2500 bis 3000 Kronen Kosten. Die später errichteten Genossenschaftsschlächtereien erzielen zufriedenstellende Resultate. Große Mengen Schaffleisch wandern aus nach Dänemark. Ein besonders großer Abnehmer dieses islandischen Fleisches ist die Großverkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine. Die ersten Versuche, den Einkauf genossenschaftlich zu organisieren, datieren aus dem Jahre 1830. Einige Bauern schlossen mit einem Kaufmann einen Kontrakt der ihnen billigere Preise, als die Tagespreise sie darstellten, beim Kauf ihrer Ware garantierte. Später wurden dann noch Versuche unternommen, Getreide, Kaffee, Zucker usw. gemeinsam einzukaufen, doch sind alle diese Versuche nicht auf der Grundlage einer wirklichen Organisation unternommen worden. Der erste eigentliche Konsumverein wurde in Island 1882 gegründet. Es war der Konsumverein »Þingeyina«. Im Jahre 1886 wurden zwei ähnliche Vereine ins Leben gerufen und im Jahre 1890 ebenfalls vier bis fünf Vereine neu gegründet. Der eigentliche Aufschwung der Konsumgenossenschaftsbewegung datiert vom Jahre 1899. Die bestehenden Vereine sind nach ihrer Größe sehr verschieden. Einige erstrecken sich über einen ganzen Kreis, andere wieder sind in ihrer Ausdehnung eng begrenzt. Die innere Organisation der größeren Vereine sieht mehrere Abteilungen vor, die auf der jährlichen Delegiertenversammlung durch Repräsentanten vertreten werden. Der Vorstand eines jeden Vereins besteht aus drei Personen. Die Konsumvereine nehmen ihren Einkauf gewöhnlich im Frühling oder im Spätwinter vor. Sie kaufen ihre Waren meistens im Auslande, namentlich in Großbritannien, wo die islandischen Konsumvereine ständig einen Kommissionär haben. In der Regel erhalten die Konsumvereine die Waren gegen Wechsel auf drei bis sechs Monate oder gegen Kredit, doch ist in letzter Zeit die Barzahlung immer mehr üblich geworden. Im Jahre 1903 waren insgesamt 20 Konsumvereine mit 140 Unterabteilungen und 5800 Mitgliedern vorhanden, die einen Jahresumsatz von 600000 Kronen erreichten. Die Vereine besaßen Gebäude im Werte von 70000 Kronen. Einige Vereine haben Reserven in Höhe von 33000 Kronen. Wenn Island auch keine Millionenvereine aufweist, so besitzt es doch eine gute Grundlage für die weitere Ausbreitung des Konsumgenossenschaftswesens. Augenblicklich hat Island 40 Konsumvereine mit einem Jahresumsatz zwischen 1 und 1 1/2 Millionen Kronen.

In den Niederlanden gehören dem Genossenschaftsbunde jetzt 147 Genossenschaften mit 82066 Mitgliedern an. Der letzte Genossenschaftstag beschloß, daß die Großverkaufsgesellschaft künftig einen Körper mit eigener Rechtspersönlichkeit bilden, aber nicht vom Bunde getrennt werden soll. Der Vorstand des Bundes wurde beauftragt, einen Plan zur Errichtung einer Genossenschaftsbank auszuarbeiten.

In Deutschland ist man ständig am Werk, die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung, besonders der Konsumgenossenschaften, zu hemmen. Wie das geschieht, haben wir schon des öfteren gezeigt. Ein neues Beispiel liefert wieder Medlenburg. Dort hat das »Parlament« bereits vor Wochen eine Sonderbestellung der Konsumvereine beschlossen; trotzdem war es bis jetzt den Genossenschaffern noch nicht möglich, den Wortlaut kennen zu lernen. Im Medlenburgischen Landtage werden solche Dinge vertraulich behandelt, und die Abgeordneten dürfen das ihnen zugestellte Material nicht bekanntgeben. Bevor also das neue Gesetz nicht im Amtsblatte bekanntgegeben ist, kennt niemand seinen Inhalt. Soweit einzelnen Genossen von Landtagsabgeordneten Mitteilungen gemacht sind, sieht das neue Gesetz vor, daß bei Konsumvereinen 10 Proz. des Umsatzes als Reingewinn gerechnet und von diesem bis zu 4 Prozent als Landessteuer erhoben werden. Sobald das Gesetz im Wortlaut bekannt ist, soll durch die Genossenschaftsmitglieder ein Flugblatt an die medlenburgische Bevölkerung verbreitet werden, in welchem diese aufgefordert wird, sich nun erst recht der Konsumvereinswut zu widmen. ✕✕

Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1911.

III. (Neue Folge.)

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1911.

Die Gewerkschaften schenken mit Recht der Entwicklung der Arbeiterversicherung die weitestgehende Beachtung. Sie stellen Kandidaten für die Wahlen zu den Vertretungen und Instanzen der Arbeiterversicherung auf und sorgen durch rege Werbearbeit dafür, daß diese Kandidaten auch in möglichst großer Zahl gewählt werden. Sie richten Arbeitersekretariate ein, die den Arbeitern zu ihren Rechten aus der Arbeiterversicherung verhelfen. Und sie versehen die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft mit Material, das sich für den

weiteren Ausbau der Versicherungsgesetzgebung geltend machen läßt. Durch diese ganze Wirksamkeit stärken und befestigen sie ihren Einfluß auf die Träger aller Zweige der Arbeiterversicherung zum Vorteil für die Arbeiter, deren Interessen sie also auch auf diesem Gebiete tatkräftig fördern. Von diesem Gesichtspunkte aus beanspruchen auch die amtlichen Berichte über die Entwicklung der drei großen Zweige der Arbeiterversicherung im Jahre 1911, die in den letzten Wochen veröffentlicht worden sind, die Beachtung und Betrachtung durch die Gewerkschaften und für jeden Gewerkschafter eine Fülle von wertvollem Material, weohalb wir als Abschluß unserer gewerkschaftlichen Rückblicke auf das Jahr 1911 einen allgemeinen Überblick über die Ergebnisse der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1911 auf Grund der amtlichen Nachweisungen an dieser Stelle geben wollen.

Die amtliche Statistik der Krankenversicherung für das Jahr 1911 ergibt folgendes: Die Zahl der Kassen hat sich etwas verringert, und zwar von 23188 im Jahre 1910 auf 23109 im Jahre 1911. Der Rückgang erstreckt sich auf alle Kassenarten mit einziger Ausnahme der Innungskrankenkassen, deren Zahl von 818 auf 845 stieg, wahrscheinlich infolge ihrer Förderung durch die Behörden, die diese rückständige Kassenart besonders in ihr Herz geschlossen haben. Die Mitgliederzahl ist wieder stärker gestiegen als in den Vorjahren, und zwar von 13069375 im Jahre 1910 auf 13619048 im Jahre 1911. Aus dieser Steigerung ist auf eine weitere Verbesserung der Konjunktur zu schließen. Weit aus am meisten stieg die Zahl der Mitglieder der Ortskrankenkassen, und zwar von 6845940 auf 7217908, so daß weit über die Hälfte aller krankenversicherten Personen in den Ortskrankenkassen versichert sind. Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle stieg von 5197080 mit 104708104 Krankheitstagen im Jahre 1910 auf 5772388 mit 115128905 Krankheitstagen im Jahre 1911. Diese Zunahme übersteigt prozentual die Steigerung der Mitgliederzahl ganz beträchtlich, ein Beweis, daß sich die gesundheitlichen Verhältnisse erheblich verschlechtert haben. Die ordentlichen Einnahmen sämtlicher Kassen betrugen 1910 379284496 Mk., 1911 412290611 Mk., worunter sich 1910 357617168 Mark und 1911 388442459 Mk. Beiträge und Eintrittsgelder befanden. Auf ein Mitglied entfielen damit in den Jahren 1910 und 1911 29,02 resp. 30,27 Mk. an ordentlichen Einnahmen insgesamt und 27,36 resp. 28,52 Mk. allein an Beiträgen. Diese Steigerung ist zum Teil auf eine Verschiebung der Mitglieder in höhere Lohnklassen, ferner aber auch auf eine Erhöhung der statistischen Beiträge zurückzuführen. Die ordentlichen Ausgaben sämtlicher Kassen betrugen 1910 350545175 Mk. und 1911 392524744 Mk.; davon entfielen allein auf die Krankheitskosten 32002827 resp. 357468396 Mk. Auf jedes Mitglied kamen demnach durchschnittlich in den Jahren 1910 und 1911 26,82 resp. 28,82 Mk. an ordentlichen Ausgaben insgesamt und 24,92 resp. 26,25 Mk. allein an Krankheitskosten. Interessant und lehrreich ist die Verteilung der gesamten Krankheitskosten auf die einzelnen Posten, die aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

Es entfielen auf:	insgesamt		pro Kopf	
	1910	1911	1910	1911
Ärztliche Behandlung . . .	76440495	83754224	5,85	6,15
Arznei und Heilmittel . . .	48216260	53171234	3,90	3,90
Krankengelder	135952829	153582976	10,40	11,28
Schwang- u. Wödh.-Unters. . .	6432231	6790157	0,49	0,50
Sterbegelder	7462283	8255480	0,57	0,63
Arbeitspflege	45270927	51357861	3,47	3,77
Fürsorge für Genesende . . .	246702	277464	0,01	0,02

Diese Tabelle läßt erkennen, daß alle Ausgabenposten, aus denen sich die gesamten Krankheitskosten zusammensetzen, sowohl in ihrer absoluten als auch in ihrer Kopfziffer von 1910 zu 1911 gestiegen sind; nur die Kopfsumme der Fürsorgekosten für Genesende ist sich gleichgeblieben. Diese Tatsache bestätigt die schon aus der Erhöhung der Erkrankungsfälle und der Krankheitsstage gefolgerte Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Arbeiterschaft, deren Ursache wohl in erster Linie in der furchtbaren und dauernden Lebensmittelfeuerung zu suchen ist. Wenn die Gewerkschaften darnach streben, einen gewissen Ausgleich gegen diese Teuerung durch die Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wirken sie also auch in hohem Maße für die Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in unserm Volke, die durch die Schuld der Junker und ihrer Mitläufer infolge ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik verschlechtert worden sind. — Die Verwaltungskosten der Kassen stiegen von 20434195 Mark im Jahre 1910 auf 22189349 Mk. im Jahre 1911, also pro Kopf von 1,56 auf 1,63 Mk. Das Vermögen der Kassen erhöhte sich von 296436755 auf 313012594 Mark insgesamt oder von 22,68 auf 22,98 Mk. pro Kopf.

Die Nachweisungen über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften usw. für das Jahr 1911 erstrecken sich auf 114 Berufsgenossenschaften (66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche), auf 556 Ausführungsbehörden und auf 14 Versicherungsanstalten; die Zahlen entsprechen bis auf die Zahl der Ausführungsbehörden, die sich um 10 erhöhte, den Zahlen für das Jahr 1910. Bei der

gewerblichen Unfallversicherung stieg die Zahl der versicherten Betriebe von 725 109 im Jahre 1910 auf 743 823 im Jahre 1911, die Zahl der versicherten Personen von 9 381 878 auf 9 846 599. Diese Zahlen lassen ebenfalls die weitere Verbesserung der Wirtschaftslage im Jahre 1911 deutlich erkennen. Bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden in den amtlichen Nachweisungen auf Grund von Schätzungen die Zahlen der Betriebe auf 5 434 100 und der Versicherten auf 17 179 000 angegeben, genau so wie in den Vorjahren. Zuzüglich der bei den staatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert oesenen Personen betrug deren Gesamtzahl 28 026 670 im Jahre 1911, gegen 27 553 572 im Jahre 1910; in diesen Zahlen werden jedoch in beiden Jahren rund 3,4 Millionen Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert waren. — Im Dienste der Unfallversicherung standen 1911 1169 (1910: 1161) Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 5867 (5838) Mitglieder der Sektionsvorstände, 26 678 (26 646) Vertrauensmänner, 4538 (4470) Verwaltungsbeamte und 399 (385) technische Aufsichtsbeamte. — Die Zahl sämtlicher zur Anmeldung gekommenen Unfälle stieg von 672 961 im Jahre 1910 auf 716 584 im Jahre 1911, also um die enorme Summe von 43 623. Dagegen ist die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle nur in ganz geringem Maße gestiegen, nämlich von 132 064 auf 132 114, also nur um 50. Das offenbart drastisch die Sparwut der Berufsgenossenschaften auf Kosten der Unfallverletzten, von denen eine immer größere Zahl mit ihren Ansprüchen abgewiesen wird. Als dauernd erwerbsunfähig wurden 1910 noch 1072, 1911 aber nur 988 erklärt, ein Beweis, daß man nur noch Halbtoten die Vollrente gewähren will. Dagegen ist die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang von 8857 auf 9443 gestiegen, woraus zu schließen ist, daß die Schwere der Unfälle ebenfalls zugenommen hat. Infolge der Steigerung der tödlichen Unfälle stieg auch die Zahl der Hinterbliebenen Getöter, die erstmalig Rente erhielten, von 18 651 auf 19 617. — Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeträge bei allen Versicherungsmängeln betrug 163 326 820 Mk. im Jahre 1910 und 165 370 623 Mk. im Jahre 1911; davon entfielen auf die 114 Berufsgenossenschaften allein 1910 147 991 435 Mk. und 1911 149 820 151 Mk. Diese Summe erfährt also eine kleine Steigerung, die aber gegenüber der erschreckenden Erhöhung der Zahl der Unfälle ganz belanglos ist. Die Verwaltungskosten bezifferten sich bei den Berufsgenossenschaften im Jahre 1910 auf 17 332 805 Mk. und 1911 auf 17 669 541 Mk. Sie sind demnach prozentual weit stärker gestiegen als die Entschädigungsbeträge und stehen auch im übrigen durch ihre riesige Höhe zu letzteren in einem argen Mißverhältnis, sodaß dieser Versicherungszweig, dessen Verwaltung ganz in den Händen der Unternehmer liegt, während die Arbeiter nichts hineinanzurechnen haben, in dieser Hinsicht zum Schaden der Versicherten weitaus am kostspieligsten ist.

Die Nachweisungen über die Hauptergebnisse der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung im Jahre 1911 umfaßt wie im Vorjahre 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassene Kassen-einrichtungen, die am Jahresschluß 1911 327 Vorstandsmitglieder, 53 Hilfsarbeiter der Vorstände, 628 Ausschußmitglieder, 445 Kontrollbeamte, 2 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2203 besondere Markenverkaufsstellen und 7223 mit dem Einziehen der Beiträge beauftragte Stellen besaßen. Es gingen 1911 insgesamt 11 902 679 (1910: 11 745 722) Quittungskarten ein. Die Nr. 1 trugen 1347 355 (1351 723) Karten; sie stellen die Zahl der im Laufe des Jahres erstmalig der Versicherung beigetretenen Versicherten dar, die also im Jahre 1911 gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Die Zahl der verwendeten Marken stieg bei den 31 Versicherungsanstalten von 698 Millionen auf 734 Millionen Stück, die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge von 180 624 699 auf 192 560 610 Mk. Außerdem vereinnahmten die Kasseneinrichtungen in den Jahren 1910 und 1911 167 292 261 und 172 450 013 Mk., sodaß sich die Gesamtbeitragsentnahme aller Versicherungsträger 1910 auf 197 353 960 Mk. und 1911 auf 209 805 623 Mark bezifferte. Sie erfährt also wieder eine ganz beträchtliche Steigerung. Infolge der ständigen Verschiebung der Versicherten nach den höheren Lohnklassen, die dank der Wirksamkeit der Gewerkschaften zu beobachten ist, stieg auch dauernd die durchschnittliche Höhe des Wochenbeitrages, und zwar von 1910 zu 1911 bei den 31 Versicherungsanstalten von 25,86 auf 26,23 Mk. und bei den 10 Kasseneinrichtungen von 32,23 auf 32,46 Mk. — Von sämtlichen Versicherungsträgern wurden im Jahre 1911 festgesetzt: 118 158 (1910: 114 755) Invalidenrenten, 11 789 (12 287) Krankenrenten, 11 585 (11 625) Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 180,09 (176,93), 177,48 (175,74), 165,30 (164,31) Mk. Die Zahl der Renten insgesamt stieg also von 138 667 im Jahre 1910 auf 141 532 im Jahre 1911, und zwar infolge der Steigerung der Invalidenrentenzahl, während die bewilligten Kranken- und Altersrenten an Zahl zurückgingen; die durchschnittlichen Jahresbeträge sind allerdings bei allen Rentenarten gestiegen. — Beitragsentstattungen erfolgten 1911 bei 154 901 (1910 bei 147 291) Heiratsfällen, 446 (494) Unfällen und 38 295

(34 923) Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche erstattete Betrag auf 40,94 (40,27), 104,13 (98,62) und 105,67 (100,30) Mk. stellte. Die Zahl der Erstattungen ist also bis auf die Unfälle und der erstattete Durchschnittsbetrag in allen Fällen gestiegen. — Die Gesamtausgaben für Renten beliefen sich 1910 auf 163 987 252 Mk. und 1911 auf 168 973 705 Mk., für Beitragsentstattungen 1910 auf 94 300 086 Mk. und 1911 auf 102 464 700 Mk.; das sind zusammen 1910 173 417 337 Mk. und 1911 179 220 175 Mk. Von diesen Summen wurden allein zu Lasten der Versicherungsträger 1910 120 879 150 Mk. und 1911 125 937 054 Mk. gezahlt, während das Reich 1910 52 538 188 Mk. und 1911 53 283 121 Mk. als Zusatz leistete. Für das Heilverfahren wendeten alle 41 Versicherungsträger 1910 21 102 166 Mk. und 1911 22 072 318 Mk. auf. Die Kosten der Invalidenhauspflege beliefen sich 1910 auf 1 216 406 Mk. und 1911 auf 1 426 867 Mk., wovon den Versicherungsträgern jedoch durch Einbehaltung der Renten der Pflinglinge und Zuschüsse von anderer Seite 1910 445 623 Mk. und 1911 516 048 Mk. ersetzt wurden, sodaß den Versicherungsträgern in dieser Hinsicht nur eine Reinausgabe von 770 783 Mk. im Jahre 1910 und von 910 829 Mk. im Jahre 1911 erwuchs. Auch in diesem Versicherungszweige waren die Verwaltungskosten außerordentlich hoch; sie stiegen von 21 367 298 Mk. im Jahre 1910 auf 21 854 419 Mk. im Jahre 1911. — Der Gesamteinnahme im Jahre 1911 von 270 154 727 (1910: 254 454 431) Mk. stand eine Gesamtausgabe von 172 951 393 (1910: 166 407 010) Mk. gegenüber, woraus sich ein Vermögenszuwachs von 97 203 334 (1910: 88 047 361) Mk. ergab. Dadurch stieg das Vermögen der 41 Versicherungsträger von 166 215 741 Mk. Ende 1910 auf 175 936 207 Mk. Ende 1911. Diese fabelhafte Summe wurde in ungefähr einem Vierteljahrhundert aus deutschen Arbeitergroschen allein in der Invalidenversicherung aufgespart!

Die indirekten Steuern und die Gewerkschaften.

Die letzte Aufbesserung der Reichsfinanzen, der man den zwar schönen aber irreführenden Namen »Finanzreform« zu geben beliebte, liegt noch nicht weit hinter uns. Sie brachte den unbemittelten, schwer um ihr bishen Dasein ringenden Bevölkerungsmassen eine ganze Last neuer Verbrauchssteuern. Das Prinzip der Steuerfreiheit der besitzenden Klassen lag der Finanzbesserung in ihrer endgültigen Fassung in unverfälschter Form zugrunde.

Die parlamentarischen Kämpfe, die der Annahme der Steuergesetze vorausgingen, teilten die bürgerlichen Parlamentarier in zwei Lager. Die Vertreter industrieller und kommerzieller Interessen, die Liberalen aller Nuancen, legten sich unter der Führung des Reichskanzlers Bülow für eine Besitzsteuer, die Erbanfallsteuer, ins Zeug. Und wenn auch im Vergleich zu der wuchtigen Bürde der neuen Steuern auf den Massenkonsum des Volkes die Steuer, die den besitzenden Schichten auferlegt werden sollte, nur eine Kleinigkeit war, so schien es doch, als sollte dabei wenigstens der Anfang eines Bruches mit obengenanntem Prinzip herauskommen. Anders dagegen die Verfechter überwiegend agrarischer Interessen, die Konservativen und das Zentrum. Sie rangen wie die Berserker um die Steuerfreiheit der Saften und scheuten selbst nicht vor einem Ministersturz zurück, um jenes Prinzip in ganzer Reinheit zu retten.

Zum guten Teil waren es wohl politische Erwägungen, die den Liberalismus zu seiner Haltung in der Steuerfrage veranlaßten. Die Reichstagswahlen waren nicht mehr fern, und da für sie das allgemeine und gleiche Wahlrecht gilt, dürfen es die Herren Abgeordneten, die wiedergewählt werden möchten, nicht an einiger Rücksicht auf die Taschen des Volkes fehlen lassen. Diese Erwägungen spielten aber nicht nur für die Liberalen, sondern ebenso für das Zentrum und die Rechte eine Rolle. Ausschlaggebend für die Haltung der beiden Gruppen waren denn auch nicht politische Momente, sondern wirtschaftliche Interessen. Und hierbei sprechen die Gewerkschaften ein gewichtiges Wort mit.

Alle indirekten Steuern bedeuten, wenn sie nennenswerte Erträge bringen sollen, eine Belastung des Massenkonsums der Arbeiterklasse, also eine fühlbare Verminderung der Kaufkraft des Lohnes. Die Auffassung, daß indirekte Steuern gut seien, weil man nicht merke, daß man sie zahlt, hat ihre Geltung zum guten Teil verloren, seitdem die Arbeitermassen mit scharfem Blick die politischen Vorgänge verfolgen. Die Arbeiter fühlen sehr deutlich, wie ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird, wie sie versuchen es sehr wohl, sich dagegen zu wehren. Gelingt es ihrer politischen Interessenvertretung auch noch nicht, die Steuerausplünderung abzuwehren, so bedienen sich die Arbeiter um so energischer ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, um durch die Erhöhung der Löhne einen Ausgleich zu schaffen für das, was ihnen durch die Steuern entzogen wird.

Das ist für die Vertreter des industriellen und Handelskapitals Grund genug, endlich einem allzu üppigen Wachstum der indirekten Steuerlasten entgegenzutreten. Neue indirekte Steuern bedeuten Beunruhigung der Profitmachelei. Die Gewerkschaften werden stärker und stärker. Durch indirekte Steuern werden sie immer von neuem zu Lohn-

kämpfen angeregt und ihre wachsende Stärke vermehrt auch ihre Erfolge. Dazu kommt, daß die Steuerlasten ein treffliches Agitationsmaterial auch für die Gewerkschaften abgeben und somit direkt zur Stärkung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter beitragen. Außerdem ist die Verteuerung der Lebenshaltung durch Steuern eine jedem einleuchtende Begründung der Lohnkämpfe, die den kämpfenden Arbeitern stets die Gunst der öffentlichen Meinung sichert.

Gelingt es den Arbeitern, mittels Lohnerhöhungen die durch Steuern entstandenen Verluste wieder einzubringen, so bedeutet das für das Kapital eine Erhöhung der Produktionskosten. Um dafür einen Ausgleich zu schaffen, pflegt das Unternehmertum wohl die Arbeitskräfte schärfer anzuspinnen, aber auch das findet seine Grenze und hat sie in vielen Fällen schon gefunden. Zum gleichen Zwecke bedient sich das Kapital der Erhöhung der Intensität der Arbeit durch Einführung arbeitssparender Maschinen. Aber man kann nicht fortgesetzt der sich ablösenden »Finanzreform« wegen alte Maschinen durch neue ersetzen. So besteht die Gefahr, das aus neuen indirekten Steuern für die Kapitalisten jeder Gattung letzten Endes eine Beeinträchtigung ihres Geschäftes herauspringt. Vor allem müssen sie eine Erschwerung der Konkurrenz mit dem Auslande befürchten, insbesondere mit England, dessen Unternehmertum längst klug genug ist, für billige, von Steuern freie Lebensmittel, den Begriff im weitesten Sinne gefaßt, zu sorgen.

Für die Vertreter agrarischer Interessen in Deutschland existieren diese Gesichtspunkte nicht. Für sie sind Verbrauchssteuern in der Tat eine Auferlegung der ganzen Steuerlast auf die Schultern der Armen, denn die Landarbeiter können sich durch wirtschaftliche Kämpfe nicht dagegen auflehnen. Die Agrarier und ihre klerikalen Freunde kämpfen daher mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht gegen eine ihnen ungünstige Verteilung der Steuerlasten, während die Angehörigen der Industrie und des Handels eher bereit sind, einen Teil der Steuerbeiträge aus der eigenen Tasche zu zahlen.

Dabei ist noch ein anderes Moment zu beachten. Bei einem nahezu ausschließlichen auf indirekten Steuern aufgebauten Staatshaushalt stellt sich fast regelmäßig in der Zeit der wirtschaftlichen Depression eine Unterbilanz und damit die Notwendigkeit einer »Reform« in preußisch-deutschem Sinne heraus. Häuft man in solcher Zeit auf die alten Lasten der Armen treffenden Steuern neue Besteuerungen des Massenkonsums, so muß das die Arbeiter besonders erbittern, da sie dieser neue Schlag gerade in einem Zustande äußerster wirtschaftlicher Not trifft. Das muß die oben dargestellte Wirkung eines solchen Steuerraubzuges auf die Gewerkschaften und ihre Kämpfe noch erhöhen, denn die Arbeiter haben in diesen Dingen ein gutes Gedächtnis. Die Lohnkämpfe nach der Krisis, die ohnehin aus anderen wohlbekannten Gründen unausbleiblich sind, werden heftiger sein und mit größerer Zähigkeit geführt werden.

Aus diesen Gründen ist denn auch in den Kreisen der Industrie und des Handels, die mächtige und kampftüchtige Gewerkschaften sehr fürchten, der Ruf nach einer Besitzsteuer noch immer nicht verstummt. Zur besseren Propaganda dieses Wunsches und anderer Forderungen, die die Verbilligung des Massenkonsums bezwecken, ist der Hansabund gegründet worden.

So muß denn jede Machtsteigerung der Gewerkschaften ein neuer Ansporn für die Unternehmer sein, die Verbrauchssteuern einzuschränken. Zunächst machen die Herren, um das Drängen der Gewerkschaften abzuwehren, noch einmal den Versuch, das Koalitionsrecht zu schmälern. Gelingt es, den Angriff auf unser Kronrecht abzuwehren und die Gewerkschaften weiter zu entwickeln, dann wird die Bourgeoisie um so energischer den anderen Weg gehen müssen. Somit zeigt es sich, daß starke Gewerkschaften ein schützender politischer Faktor sind.

So sehen wir denn in der Last der indirekten Steuern einen Antrieb und zugleich auch eine Behinderung der gewerkschaftlichen Aktion. Auf der einen Seite treibt die Erbitterung über die durch Steuern verursachte Erhöhung der Preise vieler Konsumartikel die Arbeitermassen in die Organisationen und stößt so ihre Macht, aber auf der anderen Seite müssen wir es als große Unbequemlichkeit empfinden, daß ein nicht geringer Teil der Kräfte und Mittel der Gewerkschaften aufgewandt werden muß, um die durch Steuern entstandenen Verluste an der Kaufkraft des Arbeiterlohns wieder wettzumachen. Die Gewerkschaften haben also aus diesem Grunde ein Interesse an einer mächtigen sozialdemokratischen Partei, die für eine Verminderung des Steuerdruckes kämpft.

Wenn Deutschland mit seinem ausgedehnten Handel und seiner mächtig entwickelten Industrie, deren Nutznießer ein so großes Interesse daran haben, daß die Massen nicht durch indirekte Steuern ausgepumpt werden, noch immer seine Einnahmen fast völlig aus dieser Steuerart zieht, so liegt das eben daran, daß dieses Industrieland beherrscht wird von einer rückständigen Agrarierkaste und zopfigen Bureaucratie. Von diesem Gesichtspunkte aus war die Parole »Gegen den schwarz-blauen Block« ganz im Sinne der Gewerkschaften. Der Kampf gegen die schwarz-blaue Gesellschaft war dringend nötig und ist es noch.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die organisatorischen Konzentrationsbestrebungen im graphischen Gewerbe.

Die Mitgliedschaft Hannover rollte in einer ihrer letzten Versammlungen die Frage eines festeren Zusammenschlusses aller im graphischen Gewerbe bestehenden freien Gewerkschaften von neuem auf. Über den Verlauf dieser Versammlung und über die von ihr einstimmig angenommene Resolution wurde in den beiden letzten Nummern unseres Blattes ausführlich berichtet. Schon vorher erschien in mehreren Tagesblättern der Arbeiterschaft ein Bericht, der durch den Satz eingeleitet wird: »Organisatorische Konzentrationsbestrebungen machen sich in letzter Zeit auch unter den graphischen Arbeitern sehr stark bemerkbar.« Auf Grund der Berichte in verschiedenen Parteiblättern äußerten sich in zwischen mehrere Fach- und Gewerkschaftsorgane des graphischen Gewerbes zu der Sache, unter denen die »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker« und die »Freien Künste« ihre gleichlautende Notiz mit dem Satz begannen: »Vom Verband der Lithographen und Steindruckere geht eine Bewegung auf den Zusammenschluß sämtlicher Gehilfenverbände der graphischen Industrien zu einem Graphischen Bunde.«

Die zitierten Sätze sagen in einem Teil zu wenig, im andern zu viel. Denn die organisatorischen Konzentrationsbestrebungen unter den graphischen Arbeitern sind, wie unsern Kollegen bekannt ist, nicht neu; nur wurde in letzter Zeit von einer Mitgliedschaft unseres Verbandes der Versuch unternommen, die Angelegenheit erneut in Fluß zu bringen, was im Hinblick darauf, daß in diesem Jahre die stärksten Gewerkschaften des graphischen Gewerbes ihre Verbandstage abhalten, ganz erklärlich ist. Unsere Organisation hat bereits vor fast drei Jahren ihren Standpunkt zu den organisatorischen Konzentrationsbestrebungen der Arbeiter des graphischen Gewerbes auf der Hamburger Generalversammlung nach reiflicher Aussprache in der folgenden einstimmig angenommenen Entschließung niedergelegt:

»Die Generalversammlung erkennt grundsätzlich an, daß ein graphischer Industrieverband, mit Einschluß aller graphischen Verbände, die beste zu erstrebende Organisationsform ist; sie erklärt sich aber nur dann für einen solchen Industrieverband, wenn diesem alle graphischen Verbände beitreten. Da aber aller Wahrscheinlichkeit nach ein solcher Industrieverband vorerst noch nicht zu erreichen ist, so sind mit den graphischen Verbänden Beratungen zu pflegen, um bestimmte Normen für Lohnbewegungen aufzustellen. Bei diesen Normen ist jedoch daran festzuhalten, daß eine Solidaritätserklärung bei Streiks nur dann verlangt werden kann, wenn der in Mitleidenschaft gezogene Verband vor Eintritt in eine Bewegung verständigt und über seine spätere Mithilfe gehört wurde.«

Durch diese Resolution, in deren Rahmen sich auch der Beschluß der Mitgliedschaft Hannover bewegt, der nur noch in Bezug auf die Form des Zusammenschlusses zu einer gewerkschaftlichen Industrieorganisation bestimmte Vorschläge macht, sind unserem Verbande die Richtlinien vorgezeichnet, auf dem er sich bei der Weiterverfolgung der organisatorischen Konzentrationsbestrebungen in unserm Gewerbe zu bewegen hat. Besonders ist in der Hamburger Entschließung hervorgehoben, daß sich unser Verband nur dann für einen graphischen Industrieverband (dessen Form dem Gang der Entwicklung anheimgestellt blieb) erklärt, wenn diesem alle graphischen Verbände beitreten. Von diesen Richtlinien abzuweichen liegt unseres Erachtens für unsern Verband keine Veranlassung vor.

Noch vor unserer Hamburger Generalversammlung nahm auch die Buchbinderorganisation auf ihrem Verbandstage in Erfurt 1910 zu der Angelegenheit Stellung. Diese Tagung erklärte sich ebenfalls für den Zusammenschluß der graphischen Verbände und regte einstimmig an, möglichst an allen Orten graphische Kartelle zu gründen, um auf diese Weise den Boden für den Industrieverband vorzubereiten; ferner wurde der Verbandsvorstand beauftragt, die Gründung einer Industrieorganisation energisch weiterzubetreiben.

Auch der kurz nach unserer Generalversammlung abgehaltene Verbandstag der Buch- und Steindruckerehilfsarbeiter in Bremen 1910 erkannte in einer Entschließung den graphischen Industrieverband als die beste und vollkommenste Organisationsform an und empfahl gleich dem Buchbinderverbandstage, bis zur Erreichung dieses Ziels an möglichst allen Orten Deutschlands graphische Kartelle zu errichten, die sich aus Delegierten aller graphischen Berufe zusammensetzen sollten. Als praktisch wurde ferner anerkannt, daß die graphischen Zentralverbände in Berlin in gemeinsamer Sitzung Satzungen aufstellen, die bei Solidaritätsbekundungen als Grundlage dienen, wobei der Grundsatz aufgestellt werden muß, wo irgend möglich, gemeinsame Lohnbewegungen einzuleiten. Wo gemeinsames Vorgehen aus irgend welchen Gründen nicht möglich ist, kann nur dann Solidarität geübt werden, wenn vor der Bewegung eine gemeinsame Beratung stattgefunden hat.«

Im folgenden Jahre äußerte sich dann auch die größte Gewerkschaft im graphischen Gewerbe, der Buchdruckerverband, zu dieser Gelegenheit, wobei Genosse Döblin ausführte, daß für die Buchdrucker hauptsächlich folgendes gegen ihre Beteiligung an einem Zusammenschluß spreche: »1. Der Tarif der Buchdrucker erstreckt sich auf alle Orte; er hat einen nationalen Charakter angenommen. Dagegen sind die Tarifabschlüsse der beteiligten Verbände erst sehr jungen Datums und haben noch nicht festen Fuß gefaßt. 2. Die Buchdrucker haben bisher Wert darauf gelegt, die Frauenarbeit fernzuhalten, was ihnen auch ziemlich gelungen ist. Die Verbände der Buchbinder und der Hilfsarbeiter bestehen aber zur Hauptsache aus Arbeiterinnen, da diese Berufe mit weiblichen Arbeitskräften durchsetzt sind.« Ferner sei auch die Kassengebarung und der Vermögensstand der einzelnen Verbände zurzeit ein Hinderungsgrund für die Vereinigung. Einen Beschluß hat der Verbandstag der Buchdrucker nicht gefaßt; die kurze Debatte, die sich im Rahmen der Ausführungen Döblins bewegte, brachte zum Ausdruck, daß im Prinzip niemand gegen die Gründung eines graphischen Industrieverbandes sei, daß aber erst die Wege dafür geebnet werden müßten.

Die letzte Entscheidung über die Verwirklichung eines graphischen Industrieverbandes, gleichviel in welcher Form, liegt also, nachdem sich alle Verbände mit Ausnahme der Buchdruckerorganisation für diesen Zusammenschluß erklärt haben, nach unserm Hamburger Beschluß bei den Buchdruckern. Zu dieser Generalversammlungsentschließung steht auch die Resolution der Mitgliedschaft Hannover nicht in Gegensatz; sie tritt nicht für den Zusammenschluß einiger Verbände des graphischen Gewerbes ohne die Organisation der Buchdrucker ein. Mithin bestehen Meinungsverschiedenheiten bei uns in dieser Angelegenheit nicht und wir können ihre Weiterentwicklung ruhig abwarten. Der diesjährige Verbandstag der Buchdrucker in Danzig wird uns zeigen, ob die stärkste graphische Organisation jetzt die Wege zum graphischen Industrieverband für geeignet hält oder nicht.

Diese Entscheidung ist nur eine Sache der Buchdrucker. Wir beschränken uns daher darauf, an dieser Stelle nur mitzuteilen, was der »Korrespondent« der Buchdrucker zu der Resolution der Mitgliedschaft Hannover bemerkt; er sagt: »Wir haben dazu vorläufig weiter nichts zu bemerken, als daß die Möglichkeit einer Ver-

ständigung zwischen den deutschen graphischen Verbänden auch ohne besondere Gründung eines Industrieverbandes vorhanden ist. Das hat die diesbezügliche Aussprache auf unserer letzten Generalversammlung in Hannover ergeben. Und seither ist uns nichts bekannt geworden, das eine Änderung dieser Taktik unbedingt erforderlich machen würde. Es handelt sich nach wie vor nur darum, daß, wer zur Wahrnehmung seiner Interessen eine Verständigung als zweckdienlich betrachtet, diese auch rechtzeitig zu erstreben suchen muß.« Darnach ist also von der Danziger Generalversammlung des Buchdruckerverbandes eine Änderung seiner bisherigen Haltung kaum zu erwarten, womit sich die anderen graphischen Verbände einschließlich unserer Organisationen werden abfinden müssen.

Die »Buchbinderzeitung«, die den ganzen in mehreren Parteiblättern erschienenen Bericht veröffentlichte und dann ihren Lesern die Bemerkungen des »Korrespondent« bekanntgab, fügte ihnen ihrerseits folgendes an: »Dieser Äußerung des »Korrespondent« vermögen wir nicht bedingungslos zuzustimmen. Denn die Erfahrungen der letzten Jahre haben gelehrt, daß es mit der Verständigung innerhalb der graphischen Organisationen wirklich nicht weit her ist. Unsere Stellung zum graphischen Industrieverband ist uns gegeben durch die Beschlüsse des Erfurter Verbandstages, der den Verbandsvorstand beauftragte, sich mit den übrigen graphischen Organisationen in Verbindung zu setzen, um dem graphischen Industrieverband die Wege zu ebnen. Nachdem die Verbandstage der übrigen Verbände einen solchen Industrieverband zum Teil ablehnten, zum anderen Teil ihm eine mit wenn und aber gespickte platonische Liebeserklärung widmeten, haben wir keine Ursache, uns heute mit besonderem Eifer für seine Bildung ins Zeug zu legen. Wir werden jedenfalls die Fragen an uns herankommen lassen.« Nach dem von uns bereits Gesagten können wir uns auch in diesem Falle auf die Wiedergabe der Meinungsäußerung der »Buchbinderzeitung« beschränken.

Die Unternehmerpresse nahm die über die Hannoversche Versammlung erschienenen Berichte zum Anlaß, unter Hinweis auf die erneute Anregung zu einem festeren Zusammenschluß aller graphischen Arbeiter die Unternehmer zur Wachsamkeit aufzufordern. So schrieb die schon erwähnte »Zeitschrift« der Buchdruckerprinzipalsorganisation: »Wenn diese Nachricht über die Konzentrationspläne der Gehilfen zutrifft, so dürfte die Prinzipalsgegenseite Anlaß zur Wachsamkeit haben.« Ähnlich äußerte sich das Organ der Steindruckunternehmer, das u. a. bemerkt: »Immerhin ist hier große Vorsicht geboten und der Schutzverband hat allen Anlaß, wachsam zu sein.« Die Unternehmerorganisationen verstehen eben aus jeder Blüte Honig zu saugen. Von sonstigen Unternehmerblättern machte noch die Jahrgische »Neue deutsche Papierzeitung« zu der Hannoverschen Anregung einige Bemerkungen, auf die einzugehen sich nicht lohnt.

Von den dem graphischen Gewerbe nicht angehörenden Gewerkschaftsblättern nahm unseres Wissens nur noch die »Lederarbeiterzeitung« auf die Berichte in der Parteipresse über die Resolution unserer Mitgliedschaft Hannover Bezug. Sie gab die Äußerung der »Buchbinderzeitung« wieder und bemerkte im Anschluß daran: »Eine aussichtslose Diskussion kann tatsächlich weder für die einzelnen Verbände, noch dem erstrebten Ziele von Vorteil sein.« Da uns innerhalb unseres Verbandes die Meinungen über die Angelegenheit durch den Hamburger Generalversammlungsbeschluß vollständig geklärt erscheinen und eine allgemeine Diskussion nach dem Vorhergesagten für uns solange aussichtslos bleibt, als nicht alle Verbände des graphischen Gewerbes für den Zusammenschluß in einer Industrieorganisation zu haben sind, können wir uns der von der »Lederarbeiterzeitung« geäußerten Ansicht nur anschließen.

Brief aus Mühlhausen i. Th.

In unserm kleinen Landstädtchen befinden sich vier Betriebe, die alle kleineren Umfangs sind, soweit unsere Berufe in Frage kommen. So abgesehen von der sonst sind, so schlugen doch die Weilen des großen Kampfes 1911 auch zu uns. In einem Betriebe kam es durch Streikarbeit zur Arbeitseinstellung. Die Angelegenheit konnte indessen nach einiger Zeit in zufriedenstellender Weise behoben werden. Diese ungewohnte Erschütterung brachte nun die Kollegen im vergangenen Jahre dazu, sich ebenfalls um das Zustandekommen eines Ortsaristries zu bemühen. So klein der Personenkreis der Unternehmer und Arbeiter dabei ist, so wenig gelang es, vertragliche Verhältnisse herbeizuführen. Unser Gauleiter war zu verschiedenen Malen hier, ohne daß es zu einem Abschluß kam. Dadurch war es auch nicht möglich, die Verschiedenartigkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Betrieben zu beseitigen. Der Tarif hätte im wesentlichen nur eine Festlegung der Verhältnisse gebracht, wie sie in zwei Firmen bereits bestehen, und trotzdem lehnten alle vier Unternehmer aus »prinzipiellen Gründen« die Festlegung eines Vertrages ab. Bei einem das betreffende Schreiben unterzeichnenden Unternehmer haben aber auch sehr »materielle« Gründe gewirkt. Darüber wäre folgendes zu berichten:

In einer Sitzung des Gewerbegerichts vom 30. Januar kam ein Fall zur Entscheidung, der auf die Lehrverhältnisse im Steindruckgewerbe ein bezeichnendes Licht wirft. Es handelte sich um zwei Steindrucklehrlinge, die 1910 in den Betrieb des Herrn Ch. Gerlach eingetreten waren und deren Lehrverhältnis jetzt eine vorzeitige Lösung fand. Was muß da alles vorgekommen sein, bis die Väter der Lehrlinge sich zu dem schweren Schritte entschlossen, auf Lösung des Lehrverhältnisses zu klagen? Und in der Tat ist auch viel geschehen, was die Fortsetzung der Lehre zwecklos und unmöglich machte und die Art, wie Herr Gerlach seine Pflichten als Lehrprinzipal auftritt, recht eigentümlich erscheinen läßt. Herr Gerlach verlangte, daß die Lehrlinge nach Schluß der Fortbildungsschule um 7 Uhr abends zur Arbeit in das Geschäft zurückkehren sollten. Die Lehrlinge gingen aber nach Hause und wurden deshalb am andern Tage von Herrn Gerlach gezüchtigt. Das gab schließlich den letzten Anstoß zu der obengenannten Klage. In dem Termine wurde nun festgestellt, daß die Lehrlinge die ersten beiden Jahre ihrer Lehrzeit mit Arbeiten des zu erlernenden Berufes so gut wie gar nicht beschäftigt wurden. Das heißt also, daß die jungen Leute von Herrn Gerlach zu allerlei Hilfs- und Handlangerdiensten verwendet wurden und dadurch um zwei der wertvollsten Jahre ihres Lebens gekommen sind. Herr Gerlach hat durch sein Verhalten die ihm nach § 127 G.-O. obliegenden Pflichten als Lehrherr schwer verletzt und erscheint zur Lehrlingshaltung wenig geeignet. In dem Termine bekundete aber Herr Gerlach, daß er selbst beabsichtigt habe, das Lehrverhältnis zu lösen. Sollte diese Absicht schon länger bestanden haben, so wären die beiden Lehrlinge Herrn Gerlach nur billige und durch Vertrag gebundene Arbeitsburden gewesen. Die von Herrn Gerlach selbst zugegebene zeitweilige Zurückhaltung der Lehrlinge vom Besuch der Fortbildungsschule läßt ebenfalls auf solche Absichten schließen und steht zu einer Zeit, wo alles nach Bildung strebt und erhebliche Aufwendungen dafür gemacht wurden, in scharf mittelalterlichem Gegensatz. Bei solchen Grundsätzen ist es ja schließlich auch kein Wunder, wenn Herr Gerlach im vorigen Jahre einem jungen Steindruckler, der bei ihm ausgelernet hatte, *sage und schreibe 14 Mark* Wochenlohn gegeben hat, während die mit dem Unternehmerverband vereinbarte unterste Lohngrenze 20,50 Mk. beträgt. Und weiter kann man auch verstehen, warum gerade Herr Gerlach einer vertraglichen Regelung des Arbeitsverhältnisses Widerstand entgegengesetzt. Solche Zustände wären eben dann unmöglich. Leider haben die übrigen Unternehmer beim Versuch dieser Regelung mit Herrn Gerlach gemeinsame Sache gemacht, sind also an solchen Zuständen nicht ganz unschuldig. Herr Gerlach hat sich vorsorglich schon wieder auf die Lehrlingsuche begeben und das Spiel kann von neuem beginnen. Nach dieser Schilderung der Verhältnisse wird es wohl auch kaum noch auffallen, daß in dem Betriebe weder von der 48- bzw. 53stündigen Arbeitszeit, noch von angemessenen Löhnen gesprochen werden kann. Letztere stehen im besten Falle noch immer 4-6 Mk. unter dem Durchschnitt.

Das müßte doch eigentlich für den Schutzverband ein Tätigkeitsfeld sein. Er zieht es aber vor, mit seinen Hetzschritten gegen die Berufsarbeiter selbst die kleinsten Unternehmer förmlich zu erdrücken und zeigt dadurch, daß er Positives gar nicht schaffen kann. Nur rückständige Verhältnisse verstehen diese liberalen Mummelgeisse zu konservieren.

*

Ortsberichte.

Hamburg. Eine gutbesuchte Versammlung der Hamburger Zahlstelle beschäftigte sich am 10. Februar mit der von Hannover ausgehenden Anregung zur Gründung eines graphischen Industrieverbandes auf föderativer Grundlage. Der Referent Kollege Braike besprach in seinen interessanten Ausführungen zunächst die immer zunehmende

Konzentration der Unternehmerverbände, die dadurch einen ganz bedeutenden Machtzuwachs erhalten haben. Er ging dann auf den Verlauf unserer letzten Bewegung ein und betonte, daß wir es verabsäumt haben, dem Vorgehen der Unternehmerverbände Rechnung zu tragen. Weiter wies er noch auf die Gegnerschaft unter den Buchdruck-Unternehmern hin, die mit dem Abschluß des letzten Buchdrucker-Tarifs durchaus nicht einverstanden waren und sich schon jetzt auf einen Kampf im Buchdruckgewerbe vorbereiten. Der Referent folgte hieraus, es sei unbedingt an der Zeit, daß auch von den Arbeiterverbänden Mittel und Wege gefunden werden müßten, die einen Zusammenschluß der graphischen Verbände ermöglichen. Die Versammlung war der Ansicht, daß dieser Zusammenschluß sich am ehesten auf der von Hannover gezeigten Grundlage ermöglichen lasse und nahm eine in diesem Sinne gehaltene Resolution einstimmig an.

Hannover. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde unter anderem auch zu dem am 10. Dezember 1912 zwischen dem Schutzverband und unserm Hauptvorstande stattgefundenen Verhandlungen Stellung genommen. Insbesondere wurde über den Abschluß des Merkblattes eingehend diskutiert. Vor allen Dingen wurde bemängelt, daß der Hauptvorstand die Mitgliedschaften vor eine vollendete Tatsache gestellt und somit der Gesamtkollegenschaft eine Stellungnahme zu den Merkblattvorlagen unterbunden habe. Wie sehr aber eine allgemeine Willensäußerung der Gesamtkollegenschaft nötig war, beweise der jetzige Abschluß, wo doch nur das Unternehmertum auf seine Rechnung gekommen sei. Denn, daß das Merkblatt ganz den Wünschen des Schutzverbandes entspricht, geht schon aus dem Freudenrausch im Schutzverbandslager hervor. Wenn man weiter berücksichtigt, daß die wirtschaftliche Mißlage in unserem Gewerbe überhaupt nicht beachtet worden sei, so sei es als eine Nonsens zu bezeichnen, wenn in der »Graphischen Presse« und von seiten des Hauptvorstandes dieser Abschluß als eine Errungenschaft hingestellt würde. (Zur Vermeldung von Legendenbildungen stellen wir fest, daß die »Graph. Presse« das Merkblatt niemals als eine Errungenschaft bezeichnet hat. Unseres Wissens ist es vom Hauptvorstande nie in dieser Weise eingeschätzt worden. Die Redaktion.) Wenn der Hauptvorstand nun erkläre, daß die Vertreter des Schutzverbandes kein Entgegenkommen gezeigt hätten, so wäre es nur logisch gewesen, das ganze Merkblatt abzulehnen, und nicht den Unternehmern die Gelegenheit zu geben, mit der Unterschrift des Verbandes den Lehrlingslang besser betreiben zu können. Weiterhin ist man der Ansicht, daß das Merkblatt als eine Aufklärungsschrift der breiten Öffentlichkeit gegenüber nicht angesehen werden kann, weil der Laie aus dem Gebotenen das Wesen der Lithographie und des Steindrucks nicht erkennen wird. Im Interesse der Gesamtkollegenschaft wäre ein voller Verzicht auf einen Abschluß eines derartigen Merkblattes besser gewesen. In Erwägung all dieser Umstände wurde nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen: »Durch das Auftreten der billiger arbeitenden photomechanischen Konkurrenzverfahren verliert die Lithographie immer mehr an Boden und geht unaufhaltsam einem fast völligen Absterben entgegen, welcher Vorgang noch beschleunigt wird durch die imperialistische und zöllerische Politik der herrschenden Klassen. Dieser fortwährende Niedergang der Lithographie hat zur Folge, daß jährlich Hunderte von Lithographen und Steindruckern gewaltsam aus ihrem Berufe, den sie mit vielen Mühen gelernt haben, hinausgedrängt werden. Diesem viel Not und Elend erzeugenden Abstoß von Arbeitskräften in der Lithographie kann nur wirksam durch eine weitgehende Beschränkung des Lehrlingszugangs entgegengewirkt werden. In Betrachtung dieser Tatsache spricht die Hannoverische Verbandsmitgliedschaft ihr Bedauern darüber aus, daß man sich in unserm Verbands für ein Linsengericht vom Schutzverband das Recht, die Öffentlichkeit über die fortschreitenden Verschlimmerungen der Verhältnisse in der Lithographie genau zu unterrichten, hat entwinden lassen und daß man den Namen des Verbandes unter ein solches Merkblatt zur Einstellung von Lehrlingen gesetzt hat, das durch die Art der Zusammenstellung seines Inhalts in der Öffentlichkeit nicht anders wirken kann als eine Propagandaschrift zur Erlernung des Lithographie- und Steindruckgewerbes. Die Hannoverische Verbandsmitgliedschaft beschließt, von dem Merkblatt, das nur dazu angetan ist, den gewissenlosen Lehrlingsgang der Unternehmer zu fördern, nicht den vorgeschriebenen Gebrauch zu machen. Im besondern protestiert sie energisch dagegen, daß fortwährend mit Hilfe des gewerkschaftlichen Pressbüreaus derartige Veröffentlichungen über unser Verbandsleben (Berichte über den Abschluß von Firmen- oder unbedeutenden Ortsaristries, Mitteilungen über den Inhalt des mit dem Schutzverbände vereinbarten Merkblattes usw.) in die politische Tagespresse der Arbeiter gebracht werden, die einestils für die Allgemeinheit kein besonderes gewerkschaftliches Interesse haben, die aber andererseits geeignet sind, dem Uneingeweihten die Verhältnisse in unserm Berufe recht rosig erscheinen zu lassen und den Lehrlingsgang unserer Unternehmer beträchtlich zu erleichtern.« (Anmerkung des Hauptvorstandes: Auf die gegen uns bezw. gegen unsre Verhandlungskommission ge-

richteten Bemerkungen einzugehen halten wir nicht für angebracht. Die Frage unterliegt der Beurteilung der Generalversammlung, auf der wir unsre Haltung vertreten und verantworten werden.)

Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Umgehungsmanöver.

»In der Lehrlingskassa hatte der Schutzverband bei den Verhandlungen im Januar bekanntlich eine Konzession gemacht, so bekundete wieder einmal recht protzig das Deutsche Steindruckgewerbe in einer seiner letzten Nummern. Wie windig es mit dieser »Konzession« aussieht, über die das Schutzverbandsblatt bei jeder Gelegenheit tief-sinnige Betrachtungen anstellt, das haben wir schon auseinandergesetzt.

Unsre Behauptung, daß durch diese »Konzession« die Zahl der Lehrlinge in den Schutzverbandsbetrieben — im ganzen genommen — nur wenig oder garnicht verringert wird, wird das Deutsche Steindruckgewerbe mit den schönsten Rechenkunststücken nicht entkräften können. Werden doch von dieser »Reform« nur die wenigen Schutzverbandsbetriebe betroffen, die mehr als acht Lithographen beschäftigen! Den geringen Ausfall an Lehrlingen, der durch die Anwendung der neuen Einstellungsbestimmungen in den einzelnen großen Betrieben herbeigeführt wird, sucht zudem der Schutzverband dadurch wieder mehr als auszugleichen, daß er seine sämtlichen Mitglieder anweist, bei der Lehrlingeinstellung von nun an nirgends mehr hinter der zulässigen Zahl zurückzubleiben.

Mit diesem Bemühen, diese letzte kleine Reform im Lehrlingswesen von hinten herum wirkungslos zu machen, gibt der Schutzverband deutlich zu erkennen, daß er alles daran setzt, um die schlimmen Zustände in der Lithographie, durch die jährlich viele Hunderte Lithographen gezwungen werden, ihren mühsam erlernten Beruf aufzugeben, dauernd zu erhalten.

Dabei steht außer allen Zweifeln, daß sich der Schutzverband mit dieser besagten Anweisung trivial gegen den Sinn unserer Vereinbarung über das Lehrlingswesen verfehlt. Es ist ihm sehr gut bewußt, daß durch die gemeinsame Aufstellung einer Zahlenscheffel für die Lehrlingshaltung den Unternehmern nicht bedeutet werden soll, daß sie in der Zahl der einzustellenden Lehrlinge stets bis an die in der Staffeln angezeigte Grenze zu gehen hätten, sondern daß sie diese Grenze aus wirtschaftlichen, sozialen und pädagogischen Gründen niemals überschreiten sollten. In solchen Firmen, wo nicht die erforderlichen Voraussetzungen für eine sachgemäße Ausbildung der Lehrlinge gegeben sind, ist es zum Beispiel aus wirtschaftlichen, sozialen und pädagogischen Gründen oft noch nicht einmal angebracht, daß auch nur ein einziger Lehrling gehalten werde, obwohl nach der vereinbarten Staffeln vielleicht zehn gehalten werden dürften. Mit der Festsetzung einer Lehrlingskassa will man sich eben gegen jene Unternehmer wenden, denen das nötige soziale Empfinden fehlt, um in der Lehrlingshaltung Maß zu halten.

Da der Schutzverband, wie wir gesehen haben, solche Erwägungen nicht gelten läßt, darum sind seine Angaben im Steindruckgewerbe, daß auch er auf dem Standpunkt stünde, die Lithographenlehrlinge sollten nicht einseitig, sondern so ausgebildet werden, daß sie aller Voraussicht nach auch später ein Fortkommen finden könnten, *leeres Geschwätz*.

Angeichts dieser Tatsachen berührt es einen wirklich recht eigentümlich, daß man im Schutzverbandsblatt immer mit einem so großen Bombast von der »Konzession« in der Lehrlingskassa spricht, noch dazu wo diese, wie das Blatt selbst ausdrücklich hervorhebt, nur unter der Voraussetzung gemacht worden ist, daß wir die in der Lehrlingsfrage betriebene Agitation einstellen. Von welcher weittragenden Wirkung diese Gegenleistung von uns ist, das wird dabei aber garnicht gewürdigt. Man bedenkt nicht, daß sich die Einstellung unserer Agitation nicht auf die Schutzverbandsbetriebe, die bei der jüngsten Verbesserung der Lehrlingskassa doch nur — zum Teil! — in Frage kommen, beschränken, sondern daß sie allgemein erfolgen soll. Wenn wir darauf hinweisen, daß von den 2600 Firmen, die es in Deutschland in unserm Gewerbe gibt, nur etwa 260 — worin allerdings ungefähr ein Drittel unserer Kollegen beschäftigt ist — dem Schutzverbände angehören, so wird wohl jeder ohne weiteres die große Bedeutung erkennen können, die unsrer Gegenleistung beizulegen ist. Die durch die Einstellung unsrer Aufklärungstätigkeit herbei-

geführte Erhöhung des Zudranges von Lehrlingen zu den *Nichtschutzverbandsfirmen*, in denen vielerwärts noch gar keine Regelung des Lehrlingswesens getroffen werden konnte, kommt doch indirekt (durch die Steigerung des Angebots der Gehilfen) auch dem Schutzverbände zu gute.

Nun soll freilich auch der Schutzverband im Lehrlingsfang nicht mehr in der Weise die Öffentlichkeit bearbeiten, wie wir es in den Artikeln über den Zudrang zum Lithographenberuf hier geschildert haben. Aber auch diese Bestimmung wird er durch gewisse Manöver zu umgehen wissen. Wie sich die Unternehmer den gewünschten Zulauf von Lehrlingen zu sichern verstehen, ohne die breite Öffentlichkeit durch eine allgemeine Agitation nach Dresdener Muster zu bearbeiten, das brachte neuerlich die Leipziger Volkszeitung in einem Artikel: *Lehrlingsmangel und Lehrlingsvermittlung*, sehr schön zum Ausdruck. Es hieß dort unter anderem:

Well der Zuzug von Lehrlingen in manche Berufe wegen der dort herrschenden schlechten Arbeitsverhältnisse stark nachgelassen hat, so versuchen es die Lehrlingsausbeuter auf verschiedene Weise, Lehrlinge zu bekommen. Wie sie zu Werke gehen, soll kurz besprochen werden. Zunächst sind es die Schulen, die zu Lehrlingszuteilern werden. Die Lehrlingszüchter aus dem *graphischen Gewerbe* und besonders aus dem *Zeichnergewerbe* begeben sich zu den Lehrern, erkundigen sich nach den gelistig regsamsten und talentiertesten Schülern, wenden sich dann an diese selbst und malen ihnen die Zukunft in den rosigensten Farben aus. Selbstverständlich sind die Knaben leicht zu begeistern, sie sind sofort entschlossen, jünger Gutenbergs, *Lithographen* oder *Musterzeichner* zu werden.

Jeder Widerspruch oder Zweifel an der Herrlichkeit, der von den Eltern oder Vormündern kommt, wird mit dem Hinweis auf die Versprechungen des zukünftigen Lehrherrn »widerlegt«. Es kommt dann zu einer Besprechung zwischen dem Lehrherrn und den Eltern, und da ist der Lehrherr gewissenlos genug, den Eltern dieselben Versprechungen zu machen wie den Knaben, wobei noch auf die »hohen« Löhne der Gehilfen hingewiesen wird. »Der Junge bekommt im ersten, mindestens aber im zweiten Jahre soundsoviel.« Mit diesen Versprechungen werden alle Zweifel zurückgewiesen. Dieser Lehrlingsfang, wie das Versprechen spielt sich 3-4 Monate vor der Schulentlassung ab. Tritt nun der Junge seinen Probemonat an, so setzt der Lehrherr den Vertrag auf, und nach Verlauf von vier Wochen gibts bei den Eltern wie beim Lehrling die erste Enttäuschung. Von all den Herrlichkeiten, den hohen Monatsgehältern, den Ferien usw. usw. steht kein Wort im Vertrag, dagegen sind einige Dutzend Verpflichtungen und Strafen aufgeführt, denen der Lehrling und sein Vater oder Vormund unterworfen wird. Was nun tun? Den Lehrling wieder wegnehmen? Davor scheut der Vater zurück, es könnte doch scheinen, als ob der Junge ein Taugenichts wäre, wenn man ihn da wieder wegnehmen müßte. Da wird denn der große Fehler gemacht, der Junge wird dazulassen und der Vertrag unterschrieben. Auf diese falsche Scheu spekulieren die Lehrlingsausbeuter, darum ist es hoch an der Zeit, mit aller Strenge gegen sie vorzugehen. Vor allem dürfen die Lehrer, auch wenn sie glauben, ein menschenfreundliches Werk zu tun, unter keinen Umständen mehr den Lehrlingsvermittler machen, sie müssen den Lehrlingszüchtern barsch die Türen weisen. Sie können es nicht verantworten, wenn sie auch ungewollt und unbewußt der Lehrlingsausbeutung Vorschub leisten. In der Regel haben diese Lehrlingszüchter oft mehr Lehrlinge als Gehilfen, oft haben sie überhaupt keine Gehilfen, sondern üben ihr Gewerbe nur mit Lehrlingen aus.

In dieser *verschleierte* Form wird man in Zukunft im Schutzverbandslager seine Agitation in der Lehrlingsfrage weiter betreiben. Das Bemühen der Unternehmer, durch derartige Manöver unsere Abmachungen im Lehrlingswesen zu umgehen und die uns gewährten »Konzessionen« unwirksam zu machen, wird leider noch gefördert durch die vielen Berichte über kleine Firmentarifabschlüsse in unsern Berufe, die von Zeit zu Zeit in den politischen Tageszeitungen der Arbeiter erscheinen. Gegenwärtig wandert zum Beispiel wieder ein derartiger Bericht durch diese Blätter.

Wir haben uns schon einmal gegen diese uns nachteiligen Berichte gewendet. Leider vergebens! Wir betonen deshalb noch einmal, daß die unsern Berufe fernstehende Arbeiterschaft durch diese Veröffentlichungen nur zu falschen Vorstellungen über unser wirtschaftliche Lage gelangt. Sie lernt aus ihnen eben immer nur unsere schönen Errungenschaften kennen, die, wenn man sie mit den Verhältnissen in manchen andern Berufen rein schematisch vergleicht, recht verlockend erscheinen müssen;

sie bekommt aber nichts zu merken von dem ganzen großen Elend, in dem wir uns im übrigen trotzdem befinden.

Weil diese Berichte, die für die Allgemeinheit gar kein gewerkschaftliches Interesse haben, nur den Zulauf zu unserm absterbenden Berufe fördern, darum sollte man sie endlich unterlassen! Man besorgt damit nur die Geschäfte der Unternehmer.



Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Die Berliner Steindruckerfiliale im Jahre 1912.

In der gutbesuchten Generalversammlung der Berliner Steindruckerfiliale vom 30. Januar erstattete Kollege Haß den Jahresbericht.

Er behandelte einleitend die Konjunkturverhältnisse des letzten Jahres, zeigte die allgemeine Tendenz des Abstiegs und verglich damit die Verhältnisse in unserer Branche. Ein besonderes Kapitel bildete dabei die von der Regierung und der ihr ergebenden Presse betonte »bewährte« Wirtschaftspolitik und die daraus resultierende »glänzende« wirtschaftliche Entwicklung. Seit Jahren wenden wir uns als Arbeiter gegen diese Politik und konstatieren mit Erstaunen, daß die Unternehmer noch diese Zoll- und Handelspolitik unterstützen. Zwar werden auch hier Stimmen laut, die den Standpunkt der Arbeiter als richtig ansehen, so in der verarbeitenden Industrie, wie die Etatsdebatten des Reichstages, die Resolution des Bundes der Industriellen, und die Berichte der Handelskammern beweisen. Unsere Schutzverbandsunternehmer gehören allerdings in der Öffentlichkeit nicht zu diesen, da ihr Haß gegen die Arbeiterschaft stärker ist als die Erhaltung ihrer eigenen Existenz. Kollege Haß ging dabei nochmals auf die Aussperrung ein und zeigte den Stand der Berliner Druckereien, insbesondere der Betriebe, die in den Händen der Berliner Scharfmacher sind. Leider haben auch die Berliner Drucker durch die Maßnahmen der Unternehmer sehr schwere Zeiten durchzumachen gehabt; haben doch im ersten Halbjahr 1912 von 1200 Steindruckern in unserer Filiale nur 397 Kollegen für alle 26 Wochen Beitrag zahlen können. Unsere Aussperrung hat uns also gelehrt, daß die Unternehmer lieber eine ganze Industrie vernichten, als die bescheidenen Forderungen der Arbeiter erfüllen. Mitgeholfen hat dabei jene gelbe Gesellschaft unseres Berufes, die sich den Unternehmern für 9000 Mark jährlich ausgeliefert hat; allerdings auch hier wieder ohne »dauernde« Lebensstellung, denn schon so mancher hat nach seiner Entlassung wieder den Versuch gemacht, bei uns Anschluß zu finden. Wir haben aber auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß bei den immer größer werdenden Widerständen gegen die Forderungen der Arbeiterschaft von unserer Zentrale aus eine großzügige Gewerkschaftspolitik getrieben wird, die der Arbeiterschaft unseres Berufes alle Vorteile sichert, die nach menschlichem Ermessen zu erreichen sind. Wir müssen deshalb im Hauptvorstand Kollegen entlasten von kleinlichen Bureaubeschäftigungen, damit sie für die größeren Dinge der Gewerkschaftsstrategie frei werden. Daß auch der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt, zeigen die Kämpfe der Holzarbeiter und Bauarbeiter. Für diese gewerkschaftlichen Aufgaben müssen wir also freie Kräfte schaffen, dies ist eine Lehre der Aussperrung. Auch zeigt das Beispiel unserer Aussperrung, daß die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften noch weiter ausgebaut werden muß, und eine Initiative dazu sollte unser Zentralvorstand erwägen.

Aus den Zahlen des Verwaltungsberichts sei folgendes angeführt: Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1912 1199 Vollmitglieder. Trotz der 117 Eintritte verzeichneten wir am 1. Januar 1913 nur 1180 Vollmitglieder. 72 Mitglieder haben wir durch Berufswechsel, 27 durch Streikbruch verloren. Die Verwaltung erledigte ihre Arbeit in 16 Sitzungen. Eine Sorge der Verwaltung war die Unterstützung der Opfer der Aussperrung. Durch Sammlungen von 6800 Mk. sorgte die Berliner Gesamtkollegenchaft für diese in aufopfernder Weise. Die Verwaltung hatte ferner in diesem Jahre viele Streitigkeiten der Kollegen untereinander zu schlichten. Sie sprach die Hoffnung aus, daß im nächsten Jahre diese Arbeit fortfällt. In den Füllversammlungen referierten mit zwei Ausnahmen nur Kollegen aus den Berliner Verwaltungen. Der Arbeitsnachweis verzeichnete 221 Maschinenmeister und 287 An- und Umdrucker, in Summa 508 arbeitslos gemeldete Kollegen. Die Zahl der gemeldeten Stellen betrug 630. Die Durchschnittsziffer der Arbeitslosen betrug 88. Die niedrigste Ziffer 72 am 1. Oktober, die höchste Ziffer 103 am 1. Februar, ohne die Ausgesperrten und die nicht wieder Eingestellten.

Sodann behandelte Kollege Haß noch die Arbeit des Bildungsausschusses und Kollege Hoffmann die Arbeit der Lehrlingskommission.

Mit Ausnahme eines verzogenen Kollegen stellten sich alle Verwaltungskollegen wieder zur Neuwahl. Die Diskussion wies keine Gegensätze zur Ver-

waltung auf. Nach den Berichten der Kommissionen wurden diese und die Verwaltung wiedergewählt. An Stelle des verzogenen Kollegen Müller wurde Kollege Franz Marx neu in die Verwaltung gewählt.



Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher Tapeten-, Linoleum-, Wadstuch-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachwiesführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Vom Formstecherberuf.

Die Zentralkommission der Formstecher sah sich veranlaßt, einem Eingangs, das in der bürgerlichen Tagespresse die Erlernung der Formstecherei propagierte, durch folgende aufklärende Veröffentlichung in der Tagespresse der Arbeiterschaft entgegenzutreten.

In bürgerlichen Zeitungen erschien in den letzten Wochen ein Eingangs, das sich mit der gewiß für jeden, der die Schule verläßt und ins öffentliche Leben hinaustritt, sehr wichtigen Frage befaßt: »Was will ich werden?« In diesem Eingangs wird für ein besonderes Handwerk, und zwar in zum Teil unrichtiger Weise, Propaganda gemacht. Es heißt darin: »Unter anderen Berufen wollen wir unser Augenmerk auf die Erlernung der Formstecherei lenken, wievielen Menschen ist dieser Beruf vollkommen unbekannt, und doch ist die Herstellung dieser, zum Bedrucken von Tapeten, Linoleum, Seide, Wadstuch, Holz usw. benutzten Druckwalzen und Formen ein Beruf, der diejenigen, die ihn einmal gewählt haben, fest an sich fesselt. Wohl ist auch hierbei nicht jedem vergönnt, selbstständig zu werden, aber die Beständigkeit der Arbeit, der Verdienst, der bei täglich neunstündiger Arbeitszeit für tüchtige Gehilfen 6 Mk. und darüber beträgt, läßt jeden ordentlichen Gehilfen die Ruhe in seinem Berufe erzielen, welche die Möglichkeit zur Begründung eines eigenen Haushalts erfordert. Wenn man ferner bedenkt, daß auch für Leute mit kleinen Körperfehlern durch die dauernde Beschäftigung in trockenen Räumen dieser Beruf besonderes Interesse bietet, dann wäre die Formstecherei wohl geeignet, neben vielen anderen Ständen als Lebensberuf erwählt zu werden.«

Die tatsächlichen Arbeitsverhältnisse im Formstecherberuf sind denn doch etwas anders. Der Formstecher stellt die Druckwalzen und Formen für Tapeten, Linoleum, Wadstuch, Seide und Kattun her. Es werden in Deutschland nach der im letzten Jahre aufgenommenen Statistik 670 bis 700 Formstecher beschäftigt. Diese kleine Zahl von Gehilfen verteilt sich auf 33 Orte in ganz Deutschland. In der Branche selbst ist der Kleinbetrieb vorherrschend, nur ganz vereinzelt werden bis 20 und mehr Gehilfen beschäftigt. Die Lehrlingszüchterei ist in sehr vielen Betrieben stark in Übung. Die gezahlten Stundenlöhne schwanken zwischen 25 bis 62 Pfg., ganz vereinzelt werden bis 68 und 70 Pfg. gezahlt. Die Feiertage werden nicht gezahlt. Die Formstecherei ist ein ausgeprägtes Saisongeschäft, die gute Konjunktur fällt in die Monate Oktober bis Mai/Juni. Sehr häufig sind daher die Formstecher im Sommer wochenlang arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit trat in den letzten zwei Jahren nicht so stark hervor, weil die Geschäftskonjunktur besonders gut war. Wer die Formstecherei erlernen will, muß Talent zum Zeichnen und ein sehr gutes Auge haben.

In der Branche besteht noch die Unsicherheit, daß trotz der schlechten Löhne sich ein jeder sein eigenes Werkzeug halten muß, was eine Ausgabe von mindestens 50 bis 60 Mk. verursacht und jährlich 10 Mk. für Erneuerung erfordert. Da an vielen Orten nur ein Formstechereibetrieb besteht, ist der Arbeiter gezwungen, öfter den Arbeitsort zu wechseln, was besonders für den Verheirateten sehr unangenehm und kostspielig ist. Aus diesem Grunde ist es erklärlich, daß, wenn der Formstecher einmal ein eigenes Heim gründen will, er vielfach zu einem anderen Berufe übergeht.

Wir wollen aber zum Schluß konstatieren, daß es uns gänzlich fern liegt, etwa unsern Beruf mit einer Art dionysischer Mauer umgeben zu wollen. Unsere Aufgabe soll es nur sein, die schönen Hoffnungen, die das Eingangs in den bürgerlichen Zeitungen in den jungen Leuten hervorrufen muß, auf das richtige Maß zurückzuführen und festzustellen, daß auch in der Formstecherbranche der Kampf ums Dasein ein sehr harter ist.

Die Zentralkommission der Formstecher.
C. Schubart.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums vollert fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtskreis ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen!

Karl Marx.

Feuilleton.

Unheimliche Zeitung.

Der Pfänder Gedröhn,
Der Flinten Alarm,
Das Schrein und Gestöhn,
Die Wut und der Harm

Der Sturm und die Flucht,
Die Hügel voll Qual
Der köstlichen Frucht,
Der Dörfer Fanal —

Der Mensch als Held
Und der Mensch als Tier —
In Lettern gestellt
Auf ein Blatt Papier.

Christian Morgenstern.
(Aus: »Krieg. Ein Buch der Not.«
Verlag Kaden & Comp., Dresden.)

Die fliegende Erde.

Wir entnehmen diese Schilderung der Greuel des Krieges dem an dieser Stelle bereits mehrfach erwähnten Buche von Wilhelm Lamszus: »Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg.« (Verlag Alfred Janssen, Hamburg und Berlin; Preis 50 Pf.) Was Lamszus darin als die Schrecken des Zukunfts-krieges ausmalt, hat im Balkankriege in fählicher Wiederholung gräßliche Bestätigung erfahren.

Die Redaktion.

Ich spüre, daß ich furchtbar matt bin — ich kann mich nicht mehr aufrecht halten — der Kopf sinkt aufs Gewehr — die Augen fallen zu — aber die überreizten Nerven bleiben wach —
Und jetzt —
Die Erde dröhnt. Das ist die Batterie! Sie feuert in die Nacht hinaus. So kommt die Reihe nun an uns.

Wir hören, wie das Schützenfeuer drüben bei den unserigen eröffnet wird, und wie es plötzlich wächst und abflaut und wieder wächst zu rasendem Geprassel. Das ist ein überstarker Schützenangriff... sie können nicht mehr weit voneinander gerannt... und dennoch brüllt die Batterie und lockt den Feind zum Sturm heraus...
Und schon erhebt sich in dem nächtlichen Gefild ein kriegerisches Getöse... Trompeten blasen durch die Nacht und Trommeln hallen dumpf... das ist ein Sturmangriff... es ruft und rennt... es donnert siegestrunken an den Nachthimmel... das ist der Siegeschrei von Tausenden... zu Tausenden sind sie da drüben auf die unserigen gerannt und haben sie im Sturm erdrückt... haha! sie haben eine Batterie im Sturm genommen.

Warum wird es auf einmal still... das war der Sinn... nun kommen wir...
»Gewehre hoch! Schnellfeuer!« Und die Salve kracht. Und siehe da... da drüben jauchzt es wieder auf... das Sturmkommando ruft und Tausend rufen es zugleich... da kommt es angebraust... in dicken Fronten kommen sie ge-

rannt, die Siegestrunkenen... es wälzt sich brüllend auf das Pulverfeld... es tritt die Erde wie Rosshufe... das ist der Tod!... Ich liege starr... jetzt muß es knallen, jetzt!... ich reiße den Mund weit auf... das Gewehr erzittert unter meiner Hand...
Und da —
Die Erde hat sich aufgetan... es blitzt und knallt, es donnert, und der Himmel reißt entzwei und fällt entflammt herab — die Erde fliegt in Stücken auf... die Menschen und die Erde explodieren und fahren rund wie Feuerräder durch die Luft... und dann... ein Krach ein wütendes Getöse schlägt uns auf die Brust, das wir rücklings zu Boden fliegen und besinnungslos im Sand nach Atem ringen... und nun... das Ungewitter schweigt... der Luftdruck weicht von unserer Brust... wir atmen auf... nur noch zerstreutes Flammenspiel und Puffen... Feuerwerk...
Was aber ist denn das?
Wir lugen furchtsam über die Erdwälle hinaus. Hat sich die rote Hölle aufgetan?
Das schreit und gellt, das brüllt so unnatürlich wild und schrakenlos, daß wir uns enger aneinander schmiegen... und zitternd gehen wir, wie unsere Gesichter, unsere Uniformen rote nasse Flecken haben und erkennen deutlich Feischfasern auf dem Zeug. Und zwischen unseren Beinen liegt, was vorher nicht gelegen hat — weiß glänzt es auf vom dunklen Sande und spreitelt sich... eine fremde, aberissene Hand... und da... und da... Stücke Fleisch, daran die Uniform noch haftet — da wissen wir es, und Grauen fällt uns an: Da draußen liegen Arme, Beine, Köpfe, Rumpfe... die heulen in die Nacht hinaus, das ganze Regiment liegt dort zerfetzt am Boden, ein Menschenklumpen, der zum Himmel schreit... (Schluß folgt)

Die Erde hat sich aufgetan... es blitzt und knallt, es donnert, und der Himmel reißt entzwei und fällt entflammt herab — die Erde fliegt in Stücken auf... die Menschen und die Erde explodieren und fahren rund wie Feuerräder durch die Luft... und dann... ein Krach ein wütendes Getöse schlägt uns auf die Brust, das wir rücklings zu Boden fliegen und besinnungslos im Sand nach Atem ringen... und nun... das Ungewitter schweigt... der Luftdruck weicht von unserer Brust... wir atmen auf... nur noch zerstreutes Flammenspiel und Puffen... Feuerwerk...
Was aber ist denn das?
Wir lugen furchtsam über die Erdwälle hinaus. Hat sich die rote Hölle aufgetan?
Das schreit und gellt, das brüllt so unnatürlich wild und schrakenlos, daß wir uns enger aneinander schmiegen... und zitternd gehen wir, wie unsere Gesichter, unsere Uniformen rote nasse Flecken haben und erkennen deutlich Feischfasern auf dem Zeug. Und zwischen unseren Beinen liegt, was vorher nicht gelegen hat — weiß glänzt es auf vom dunklen Sande und spreitelt sich... eine fremde, aberissene Hand... und da... und da... Stücke Fleisch, daran die Uniform noch haftet — da wissen wir es, und Grauen fällt uns an: Da draußen liegen Arme, Beine, Köpfe, Rumpfe... die heulen in die Nacht hinaus, das ganze Regiment liegt dort zerfetzt am Boden, ein Menschenklumpen, der zum Himmel schreit... (Schluß folgt)

Vom Büchertisch.

Klimsch's Jahrbuch 1913. Technische Abhandlungen und Jahresbericht über die Neuheiten auf dem Gesamtgebiete der graphischen Künste. Band XIII, 1913. Verlag von Klimsch & Co. in Frankfurt a. M. 308 Seiten und viele Tafeln. Preis 4 Mk.
Obwohl schon die Vorläufer des vorliegenden stattlichen und vortrefflich ausgestatteten Bandes in jeder Beziehung musterjülig genannt werden konnten, macht das diesjährige Klimsch'sche Jahrbuch noch in zweifacher Hinsicht einen Schritt über seine Vorgänger hinaus. Einmal wurde der Bezugspreis um ein Drittel und zwar von 6 auf 4 Mk. herabgesetzt, wodurch die Anschaffung des inhaltlich außerordentlich reichhaltigen, anregenden und lehrreichen Werkes unsern Kollegen beträchtlich erleichtert wurde. Und zum andern hat es der Herausgeber im vorliegenden dreizehnten Bande zum ersten mal unternommen, alle Neuheiten des Jahres in eingehender Weise, meist durch Abbildungen noch besonders anschaulich gestaltet, zu beschreiben. Zweifellos wurde diese Aufgabe, die wohl den Wünschen aller Fachleute entgegenkommt,

auch befriedigend gelöst. Diese Revue der Neuheiten im graphischen Gewerbe füllt die zweite Abteilung des Werkes, während die erste Abteilung eine Reihe leserwerter Abhandlungen hervorragender Fachleute über bestimmte Arbeitsmethoden und andere Themata aus den verschiedensten Gebieten der Reproduktions- und Drucktechnik in systematischer Anordnung bietet. Eine Personal- und Geschäftschronik, ein Literaturverzeichnis, die Liste der vom 1. Juli 1911 bis zum 1. Juli 1912 erteilten Patente auf Erfindungen, die das graphische Gewerbe betreffen, und ein ausführliches Inhaltsverzeichnis schließen den textlichen Teil des Werkes ab. Das reichhaltige Beilagenmaterial ist sowohl von technischen als auch von geschmacklichen Gesichtspunkten aus durcweg einwandfrei; viele Blätter sind von hohem künstlerischen Wert. Und das Ganze ist in eine Form gebracht, an der jeder Jünger der graphischen Künste seine Freude haben wird. Als Type wurde die schöne und klare »Hözl-Mediaeval« verwendet, deren Urheber der graphischen Abteilung der Kunstgewerbeschule vorsteht. — Wie uns der Verlag Ende Januar mitteilte, war die Auflage von 2000 Exemplaren schon kurz nach Erscheinen vollständig vergriffen. Da sich die Nachfrage nach alten Bänden ebenfalls außerordentlich gesteigert hat, sind auch die Bände 1 bis 4 ganz vergriffen und von den Bänden 5 bis 12 schwindet der geringe Restvorrat immer mehr, sodaß der Verlag vergriffene Bände zu rückzukaufen gedankt.

Heimat Welt. Dichtungen von *Alfons Petzold*. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand & Co.), Wien VI, Gumpendorferstraße 18. 64 Seiten 80. Preis 1 Mk.

Alfons Petzold ist der erste bedeutende Dichter, der aus der Wiener Arbeiterschaft heraufkommt. Schon sein erster Gedichtband »Trotz alledem«, der vor wenigen Jahren im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschien, ließ die Kenner aufhorchen. Inzwischen ist Petzolds dichterische Kraft ins Große gewachsen. Aus dem Kulturwillen des Sozialismus heraus weiß er neue lyrische Töne zu tolen. Zugleich hat er aber den Weg zur Prosa gefunden und ist ein zarter Erzähler moderner Stimmungen und Bilder geworden. Dieses schön gedruckte und sorgsam ausgestattete Buch »Heimat Welt« bringt den Dichter in all seinem Können zum Vorschein, den Naturpreiser, den Balladensänger, den Kampfdichter, den Humoristen und den Erzähler sozial tragischer Geschehnisse.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. X. Jahrgang. Heft 2. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Frandische Verlagshandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 5 Buchbeilagen 4,80 Mk.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. XVII. Jahrgang 1913, Nr. 4 bis 6 Preis pro Heft 10 Pf.

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.
Die Expedition.

Stellenangebote

Tüchtiger Positiv - Retuscheur
zugleich geübter Schriftzeichner, für sofort gesucht. Offerten mit Zeugnissen erbeten an... [240]
E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart, Hackstraße 77a.

Graphische Kunstanstalt in Wien sucht

2 tücht. Retuscheure
für Maschinen-Retusche. Offerten nebst Lohnansprüchen und selbstgefertigten Mustern an **A. Krampolek, Wien IV, Viktorgasse 14.** [240]

Positiv - Retuscheure

nur allererste Kräfte für ff. Maschinenretuschen, geübte Zeichner, i. angenehme gutbezahlte dauernde Stellung gesucht. Offerten erblitet [240]
August Krämer, Stuttgart, Landhausstr. 68.

Nachschneider

welcher auch ätzen kann, sowie **Pos.-Retuscheur** suchen
Braun & Co., Dornach im Elsaß.

Messing - Stecher

Suche mehrere tüchtige
bei dauernder Stellung durch den Arbeitsnachweis **August Saalfeld, Einbeck.**

Tücht. Farbätzer

werden gesucht. Nur erstklassige Kräfte m. langjähriger Erfahrung im Ätzen nach Lumiereaufnahmen wollen sich melden.
Dr. Seile & Co., Graph. Kunstanstalt, Berlin SW. 29., Zossenerstraße 55.

Messingstecher

Mehrere tüchtige
werden durch den Arbeitsnachweis ges.
C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstr. 24.

Verschiedenes

„Matt-Lack“. Bester Farben-Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreiben der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.
„Harmalein“. Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.
„Bronsol“. Gibt fettisetzende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.** Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. **F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60** [300]

Roulett., Fadenstichel

Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe

liefert **Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.**

Reklamepreisen

Zu extra billigen offeriere einen Posten Pa. **Tangier-films u. Garant.** (Kein Nachnahmeverrs.)
Franz Trommer, Leipzig, Bülowstr.

Original grau feucht Lucka

Format 48x64, per 100 Bogen 8,50 Mk.
Goldlack, bestes Hilfsmittel f. Bronze-Unterdruck, per kg 5 Mk.
Chromopasta, bestes Tonschutzmittel, per kg 4 Mk.
Radikal, bestes Tonschutzmittel für Zink, per kg 3,50 Mk.
H. M. Köhler, Leipz.-Schönefeld.

Wischwalzen - Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert
Edmund Behnisch, Luckenwalde.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Fachliteratur.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.
Von **Fritz Hansen**. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von **K. Wellandt**. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Der praktische Umdrucker. Von **Bernh. Enders**, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.

Die modernen guten Adler-Film

werden in über 300 div. Dessins fabri-ziert, das sind mehr als alle anderen
Leipz. Tangierfilm Fabr. zus. herstellen.
Franz Trommer jun., Leipzig [150]

Dresden

Sonntags vorm. 9-12 Uhr
Unterricht i. Zeichnen u. Malen, Kopf, Akt.
A. Walther, Kunstm., Walpurgisstr. 2, III.

Wollen Sie Ihr Inserat

pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an **die Expedition.**

Verbandsnachrichten

Nachruf!

Unserm lieben Kollegen und langjährigen Vorsitzenden
Otto Gruschke
bei seiner Abreise nach Nürnberg rufen wir nochmals ein [225]
herzl. Lebewohl
zu. — Die Kollegschaft der
Zahlstelle Düsseldorf.

Unserm scheidenden Vorsitz.
Fritz Jackschatt
ein
herzl. Lebewohl
und viel Glück in der neuen —
alten — Heimat. [180]
Die Zahlstelle Kattowitz O.-S.